

# UNIA **work**

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.



**1. Mai: Draussen oder im Netz – die Agenda zum Kampftag.** Seite 17



## **Biden gegen Steueroasen**

Der neue US-Präsident setzt auch SVP-Maurer unter Druck. Seite 15

## **Vorwärts in den nächsten Crash**

Der Kapitalismus steckt in der Krise. Aktuellstes Beispiel: die CS. Seiten 12–13

## **Streiken ist ein Recht!**

Auch wenn die Schweiz hinterherhinkt: Lohnabhängige dürfen sich wehren. Der grosse work-Ratgeber. Seiten 18–19



**Jung in Coronazeiten**

# «Die Zukunft wird anders»

**Junge Berufsleute erzählen, wie die Corona-Pandemie ihr Leben verändert hat.** Seiten 6–7

*Kita-Frau Madlen Schär.*



**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## VÖLKER, HÖRT DIE SIGNALE!

Joe Biden schläft nicht. Kaum im Oval Office, will er auch schon die Steuern erhöhen. Das wäre dann das erste Mal seit den 1980er Jahren, dass ein US-Präsident sich das traut. Und das Beste daran: Biden will nicht die Kleinen schröpfen, sondern die Konzerne zur Kasse bitten. Er möchte die Gewinnsteuer von 21 auf 28 Prozent erhöhen. Am Schluss darf's dann wohl ein bisschen weniger sein. Und doch

**Biden schläft nicht.** wär's ziemlich kitzlig. Verglichen mit den Steuersätzen in den

Schweizer Steuerparadiesen Zug oder Nidwalden nämlich glatt eine Verdoppelung. Legen die emsigen Amis jetzt auch noch die Schweizer Steuerdumping-Sümpfe trocken (Seite 15)? Nachdem sie schon das Begräbnis des Schweizer Steuerhinterziehungs-Geheimnisses beschleunigt hatten? Es war mal die heiligste Kuh im Schweizer Stall. Noch 2008 verkündete Bundesrat Hans-Rudolf Merz, der FDP-Kofferträger des Kapitals, der ganzen Welt: «An ihm werdet ihr euch noch die Zähne ausbeissen!» Wenige Jährchen später war es mausestot.

**MINUS UND PLUS.** Die Schweiz ist das fünftgrösste Unternehmens-Steuerschlupfloch der Welt. Das zeigt die neue Rangliste der Nichtregierungsorganisation Tax Justice Network. Gleichzeitig hat die Schweiz eine der ungleichsten Vermögensverteilungen der Welt. Wie das «1 x 1 der Wirtschaft» in dieser Ausgabe zeigt (Seite 16). Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt nämlich über 42 Prozent aller Vermögen. Und jetzt öffnet die Coronakrise diese Schere noch mehr. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit lassen grüssen! Das macht dann pro Monat minus 300 Franken für die ganz unten. Und plus 300–400 Franken für die ganz oben. Schätzt der Gewerkschaftsbund und schlägt Alarm: «Die Welt wird nach der Pandemie noch ungerechter und gefährlicher sein als vorher», so seine Analyse (Seite 5). Besonders für die Geringverdienenden, für die Frauen und die Jungen. Das geht gar nicht!

**NEHMEN UND GEBEN.** Das geht gar nicht, finden auch die österreichischen Gewerkschaften. Sie fordern nun eine Millionärssteuer: «Wer hat, soll geben!» (Seite 5). Und nicht nur sie: Der Ruf nach mehr Vermögenssteuer wird auch international wieder laut. Nicht nur für die Konzerne, auch für die Krösusse. Selbst der Internationale Währungsfonds (IWF) stimmt nun in diesen Ruf ein. Es ist ein richtiger Ruf! Und er erschallt grad rechtzeitig zum 1. Mai. Zum Tag der Arbeit. Also bitte: Völker, hört die Signale!

# Nationalrat will Kuba in Not helfen, doch die Banken blocken Kuba-Boykott wird immer irrer



**ALTSTADTLIBEN:** Kuba leidet unter dem US-Embargo, und wegen Corona lahm jetzt auch noch der Tourismus. Häuserzeile in der Hauptstadt Havanna. FOTO: DOROTHEA OLDANI / UNSPLASH

## Der Kuba-Boykott von Schweizer Banken nimmt groteske Züge an. Und Medienhäuser sekundieren mit Kuba-Schauermärchen.

JONAS KOMPOSCH

Einmal müssen auch Kommunistenführer kürzertreten. Und so geht Raúl Castro, der Bruder des 2016 verstorbenen Fidel, dieser Tage in Pension. Sein Amt als Vorsitzender der kubanischen Einheitspartei hat der bald Neunzigjährige an Staatschef Miguel Díaz-Canel (60) abgetreten. Derartige News bringen kalte Krieger zum Jubeln – und so manche bürgerliche Zeitung aus dem Häuschen. Endlich sind die Castros weg! Möge das Revoluzzerregime bald fallen! So der Tenor unzähliger Artikel. Überhaupt schreiben gewisse Redaktionen jedes noch so vage Gerücht zur Tatsache hoch: «Kubanische Ärzte verklagt», titelte unlängst die «NZZ am Sonntag». Selbiges Horrormärchen hatte zuvor schon das Westschweizer Radio RTS erzählt – und sich damit eine Rüge der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) eingebrockt. Der Beitrag sei «einseitig», verschweige «wesentliche Fakten» und verunmögliche dem Publikum eine sachgerechte Meinungsbildung.

Die antikubanische Hyperaufmerksamkeit der Presse steht dabei in auffälligem Kontrast zum Desinteresse



## «Nicht mal von meinem Privatkonto wollte die UBS das Geld akzeptieren.»

ONKOLOGIE-PROFESSOR FRANCO CAVALLI

über die eidgenössisch-kubanischen Beziehungen. So berichtete keine einzige Tageszeitung darüber, was der Nationalrat am 9. März Erstaunliches beschlossen hatte. Nämlich: Der Bundesrat müsse den Druck auf die USA erhöhen, «damit eine der ärmsten Bevölkerungen auf diesem Planeten von den jahrzehntelangen Fesseln der notbringenden Wirtschaftsblockade befreit werden kann». Und auch in der Uno müsse die Schweiz gegen das seit 60 Jahren bestehende völkerrechtswidrige US-Embargo aktiver vorgehen.

### KUSCHEN VOR DEN USA

Durchgebracht hatten dieses Postulat notabene nicht nur SP und Grüne, sondern auch die FDP-Fraktion. Diese un-

gewöhnliche Allianz beauftragte die Regierung ausserdem, Massnahmen zu prüfen, wie der Handel mit Kuba aus der Schweiz heraus wieder möglich werde.

Denn nach wie vor verweigern helvetische Banken Transaktionen nach Kuba – aus Angst vor US-Sanktionen. Der vorausseilende Gehorsam der Geldinstitute nimmt dabei immer absurdere Ausmass an. So lehnen UBS, CS oder Bank Cler sogar schweizerinterne Zahlungen ab, wenn sie der Karibikinsel zugute kommen könnten.

### KEIN GELD FÜR DIE TODESANZEIGE

Viele Unterstützende der humanitären Hilfsorganisation Medicuba können deshalb keine Spenden mehr überweisen. Damit nicht genug. Onkologe und Medicuba-Mann Franco Cavalli weiss: «Kürzlich wollten wir einer Schweizer Pharmafirma 25000 Franken für bestellte Antibiotika überweisen, doch die Empfängerbank UBS blockte ab. Nicht einmal von meinem Privatkonto wollten sie das Geld akzeptieren!»

Und selbst vor Toten macht das Kuschen vor den USA nicht Halt: Als am 21. Dezember Cavallis Bruder Fausto an Covid-19 verstarb, schaltete Medicuba eine Todesanzeige in einer Tessiner Zeitung. Hierfür das Geld überweisen konnte die Hilfsorganisation jedoch nicht. Die UBS lehnte es ab.

## KRISENINSEL EIN LICHTBLICK

Sommer, Sonne, Sozialismus – doch das Leben auf Kuba ist kein Zuckerschlecken. Das Land steckt in der tiefsten Krise seit dem Kollaps der Sowjetunion: Es herrscht Mangel an Treibstoffen, Strom, Medikamenten und Nahrungsmitteln. Weil der Handel mit dem krisengebeutelten Bruderland Venezuela eingebrochen ist. Weil Corona den Tourismus fast komplett zum Erliegen brachte. Und weil die USA seit 60 Jahren einen gnadenlosen Wirtschaftskrieg gegen Kuba führen. Donald Trump verschärfte diesen massiv.

**LISTE.** Keine einzige Massnahme hat sein Nachfolger Joe Biden bisher zurückgenommen. Deshalb steht Kuba noch immer auf der US-Liste der «Terrorunterstützer». Und deshalb fürchten Banken noch immer Strafen, wenn sie mit Kuba verkehren. Auch in der Schweiz.

**AUSNAHME.** Einen Lichtblick gibt es: Die Schweizer Hilfsorganisation Medicuba kann via Postfinance wieder Transaktionen nach Kuba tätigen. Die Service-public-Bank erteilte nach Protesten hierfür eine humanitäre Sondergenehmigung. (jok)

## Gärtner Tobias Schweizer holte sich 10 000 Lohnfranken zurück, die ihm sein Chef schuldete «Gut, gibt's die Gewerkschaft!»

### Es brauchte den Friedensrichter, damit Tobias Schweizers Chef mit dem Lohn herausrückte.

JONAS KOMPOSCH

Was Tobias Schweizer (30) durchmachte, erleben viele im Verlauf ihres Arbeitslebens. Der gelernte Strassenbauer trat eine neue Stelle an – als Landschaftsgärtner bei einer kleinen Gartenbau-bude in Uttwil TG.

Am Anfang stimmte alles. Obwohl frisch dabei, führte Schweizer seine Baustellen in Eigenregie. Doch bald traf sein Lohn verspätet ein – und zwar massiv. Schweizer: «Ich musste immer einen ganzen Monat auf mein Geld warten. Zuletzt kam gar nichts mehr.» Das liess sich

der Arboner nicht gefallen: «Ich habe dem Chef ordentlich die Meinung gegeigt. Aber anstatt zu zahlen, warf er mich einfach raus.» Ein klarer Fall für die Gewerkschaft, sagte sich Schweizer und meldete den Fall der Unia. Jetzt ging's rassistig.

### IM BONZENSCHLITTEN

Zuerst rief Gewerkschaftssekretär Lukas Auer den Chef an, doch dieser trötzelte. Also forderte Auer die Lohnnachzahlung per Einschreiben. Vergebens. Und weil der lutsche Meister auch gegen die Betreuung Rechtsvorschlag erhob, ging es weiter vor den Friedensrichter.

Dazu Auer: «Am Verhandlungstermin ist der Chef demonstrativ mit einem fet-

ten Mercedes vorgefahren.» Doch mit dem Urteil war fertig lustig: Nachzahlung von fast 10 000 Franken – mit kurzer Frist! Der Gärtnermeister beugte sich dem Verdikt und zahlte, aber notabene wieder mit Verspätung und nur auf nochmaligen Druck der Unia. Dazu Schweizer: «Gut gibt's die Gewerkschaft! Alleine

### «Anstatt zu zahlen, warf der Chef mich einfach raus.»

TOBIAS SCHWEIZER

wäre das ein Riesenchampf gewesen.» Übrigens: Jährlich erstreitet die Unia für ihre Mitglieder über 10 Millionen Franken Entschädigungen und Lohnnachzahlungen.



**EIN CHRAMPF:** Tobias Schweizers langer Weg zum Lohn. FOTO: STEPHAN BOSCH

Swissjust-Belegschaft von Buenos Aires setzt sich durch:

# «Ein historischer Triumph!»



**ALARM GESCHLAGEN:** Unia-Mitglied Ursina Weiler ergriff die Initiative zur Protestkundgebung in der Just-Zentrale in Walzenhausen AR. FOTO: NICOLAS ZONVI

**AUSGEHARRT:** Swissjust-Logistiker Mardonio Racedo betrieb mit seinen Kolleginnen und Kollegen ein mehrwöchiges Protestcamp. FOTO: PABLO DONDERO

**Angelogen, getäuscht und rausgeworfen – das wurden die 52 Mitarbeitenden von Swissjust in Argentinien. Doch Logistiker Mardonio Racedo lief dagegen Sturm. Und Unia-Mitglied Ursina Weiler hatte eine zündende Idee.**

JONAS KOMPOSCH

Zwei volle Monate dauerte es und brauchte nichts weniger als eine Fabrikbesetzung, ein Protestcamp sowie 6 Demonstrationen – nun endlich ist es geschafft! Die Belegschaft der argentinischen Distributionsfirma Swissjust, einer Partnerfirma des Schweizer Kosmetikkonzerns Just AG, konnte ihre Arbeitsbedingungen erfolgreich verteidigen. Statt zu tieferen Löhnen und schlechteren Sozialleistungen werden sie vom Logistikriesen Transfarmaco zum exakt gleichen Tarif wie bei Swissjust übernommen. Eine entsprechende Vereinbarung wurde am 8. April von der Gewerkschaft CIS-CTA, dem Unternehmen und Behördenvertretern unterzeichnet.

Ein «Riesenerfolg» sei das, sagt Gewerkschaftssekretär Gustavo Córdoba, sogar ein «historischer Triumph». Denn die Betroffenen würden bei der neuen Firma höhere Löhne erzielen, als diese üblicherweise zahle. Hinzu kämen Beschäftigungsgarantien und andere Absicherungen. Córdoba: «Eine Leistung dieser Grössenordnung haben wir nie zuvor gesehen.»

## SCHNELLE REAKTION

Froh ist auch Logistiker Mardonio Racedo (41): «Das Abkommen ist eine grosse Genugtuung, auch wenn wir unseren alten Standort schweren Herzens aufgeben müssen.» Er und seine 51 Kolleginnen und Kollegen wurden Mitte Februar auf die Strasse gestellt. Zuvor waren sie alle in ein verlängertes Wochenende geschickt worden – angeblich als

Dank für coronabedingte Sonderarbeiten. Tatsächlich liessen die Chefs das Logistikzentrum in einer nächtlichen Geheimaktion räumen und verriegeln. Hinter dem Manöver standen die Eigentümer der Firma. Sie handelten im Wissen und mit dem Segen der Just AG, des mächtigen Schweizer Partnerunternehmens von Swissjust (work berichtete: nachzulesen unter [rebrand.ly/justag](https://rebrand.ly/justag)).

Doch zum Glück ist Racedo ein Mann mit langjähriger Gewerkschaftserfahrung. Sofort organisierte er eine Belegschaftsversammlung. In der Folge besetzten die Ausgesperrten «ihre» Fabrik. Lag darin der Schlüssel zum Erfolg? «Auch», sagt Racedo, «aber entscheidend war das Protestlager!»

## PROTESTLAGER WIRKT

Fast drei Wochen campierten die Compañeros vor den Werkstoren. Das habe das Schweizer Unternehmen gewaltig gestört und unter Druck gesetzt. Und noch einen Vorteil gab es: Im Camp hat sich eine Art Denkfabrik entwickelt. Logistiker Racedo erklärt: «Es war der Ort, an dem all unsere Visionen zusammenflossen. Ständig analysierten wir, welche Schritte zu tun seien.

## «Das Abkommen ist eine grosse Genugtuung.»

MARDONIO RACEDO

Dann beschlossen wir gemeinsam.» Diese Art der direkten Demokratie sei das beste Mittel, mit dem sich Arbeiterinnen und Arbeiter verteidigen könnten. Aber ein Zuckerschlecken sei das Protestcampen nicht: «Wir mussten Wind, Regen und Kälte trotzen, waren getrennt von unseren Familien und haben sehr wenig geschlafen.» Das habe Moral und Geduld arg strapaziert. Umso wichtiger sei die Unterstützung aus der Schweiz gewesen. Racedo sagt sogar: «Ohne Ursina wäre all das nicht möglich gewesen.»

## ZÜRCHERIN HILFT

Gemeint ist Ursina Weiler aus Zürich. Die 26jährige Kellnerin lebte einst selbst in Buenos Aires und

erfuhr über Facebook vom Arbeitskampf in ihrer zweiten Heimat. Sie sagt: «Ich fand es absolut daneben, dass Geschäftspartner eines florierenden Schweizer Konzerns mitten in der Coronakrise

## «Den Rauswurf fand ich absolut daneben.»

URSINA WEILER

Leute rauswerfen.» Weiler fackelte nicht lange. Als Unia-Mitglied informierte sie umgehend work. Ausserdem ihre Freundinnen und Freunde aus dem «Gastrakollektiv», das sich für bessere Arbeitsbedingungen und gegen Sexismus in Bars und Restaurants einsetzt.

Dann ging es schnell. Mit vereinten Kräften mobilisierten Weiler und die Unia-Sektion Säntis-Bodensee zu einer Solidaritätskundgebung am Just-Firmensitz in Walzenhausen AR. Vor Ort hielt die Zürcherin eine flammende Rede. Just-CEO Heinz Moser stand daneben und staunte. Und per Instagram-Livestream applaudierte das Swissjust-Kollektiv aus Argentinien: «¡Muchas gracias, compañera!»

## JUST VERMITTELT

In der Folge berichteten verschiedene Zeitungen darüber. Und etliche Just-Kundinnen und -Kunden drohten empört mit Boykott. Jetzt endlich begriff der imagebewusste Kosmetikkulti den Ernst der Lage. Eine professionelle Krisenkommunikation musste her. Just engagierte die Hirzel.Neef.Schmid.Konsulenten AG, die Nr. 1 auf dem Schweizer PR-Markt. Stundenhonorare betragen dort bis zu 800 Franken.

Aber ans Eingemachte ging's erst danach: Die Appenzeller kommandierten ihre argentinischen Geschäftspartner an den Verhandlungstisch. Man habe «aktiv vermittelt», heisst es dazu bei Just. Das hat gewirkt. Nach wenigen Tagen lag die Lösung auf dem Tisch. Just spricht von einer «grossen Erleichterung» über die «gute Lösung». Und Kellnerin Weiler und Logistiker Racedo sind sich einig: So geht internationale Solidarität!

## Dem Bau fehlen Poliere

**BERN.** In den nächsten 10 bis 15 Jahren gehen fast die Hälfte der Poliere in Rente. Und immer weniger junge Menschen steigen in die Bauberufe ein. Für die Gewerkschaften Unia und Syna sowie den Verband Baukader Schweiz ist deshalb klar: Die Branche muss den Beruf des Poliers wieder attraktiver machen. In einem offenen Brief fordern sie Baumeisterpräsident Gian-Luca Lardi zu einer Diskussion auf. Chris Kelley von der Unia: «Mit idyllischen Plakaten Fachkräfte zu suchen und gleichzeitig die Löhne zu senken, wie es die Baumeister letztes Jahr wollten – das ist keine überzeugende Rekrutierungsstrategie.»

## Valora-Chef trickst sich Bonus

**MUTTENZ BL.** Eigentlich hätte Konzernchef Michael Müller für letztes Jahr keinen Bonus verdient. Denn seine Valora (K-Kiosk, Avec, Brezelkönig) machte wegen Corona Verlust. Doch die Firma änderte flugs die Regeln: Anstatt der bisherigen Zahlen ist nun plötzlich das «Risiko- und Krisenmanagement» der Konzernleitung ausschlaggebend – und Müller behielt seinen Bonus. Total kassiert er 2,35 Millionen Franken, fast gleich viel wie letztes Jahr. Ganz anders die Valora-Mitarbeitenden: Einen Corona-Bonus gab's für sie nicht. Und während die Firma in der ersten Welle die Kurzarbeitsentschädigung noch auf 100 Prozent ergänzte, gibt's seit letztem Sommer nur noch die 80 Prozent vom Bund. Kein Wunder – das Geld braucht die Firma für Müllers Bonus.

## Streikerfolg für Metaller

**ZÜRICH.** Coronakonform streikten die deutschen Metallarbeiterinnen und -arbeiter: mit einem Autokino oder mit Schuhen, die sie vors Fabriktor stellten. Denn die Firmenchefs wollten Stellen abbauen und das Weihnachtsgeld kürzen (work berichtete). Jetzt haben sich die Sozialpartner geeinigt: Statt Abbau gibt's dieses Jahr 500 Euro Corona-Bonus für jede und jeden. Und ab nächstem Jahr jeweils eine Einmalzahlung von 18 bis 28 Prozent eines Monatslohnes. In Krisenzeiten können Betriebe dieses Geld in Freizeit umwandeln und damit Arbeitsplätze sichern.

## Zahnloser Bundesrat

**ZÜRICH.** Die Organisation Public Eye übt scharfe Kritik an einem neuen Bericht des Bundesrates zur skandalträchtigen Rohstoffbranche. Das Dokument sei «kenntnisarm» und zeuge von «Amnesie» und «Untätigkeit» des Bundesrates, dessen Empfehlungen seien in Sachen Menschenrechte, Umwelt und Korruption «ohne jegliche Ambitionen». Die vermeldeten Fortschritte beschränkten sich auf verteilte Broschüren und eine neue Website. Statt nutzloser Berichte, so Public Eye, brauche es vielmehr eine Rohstoffmarkt-Aufsichtsbehörde, die fehlbare Firmen sanktionieren könnte.

**21. MAI:  
BÜEZER FÜR  
DEN STRIKE FOR  
FUTURE!**

Die Vorbereitungen für den Klimastreik vom 21. Mai sind in Gange. So hat etwa die Unia Zürich einen Aufruf lanciert für ein Vernetzungstreffen, und zahlreiche Interessierte haben sich gemeldet. Ein Treffen der Klimajugend mit Bauleuten fand bereits statt. Klimaaktivistin Anna Leone sagt dazu: «Es war sehr interessant. Die Bauarbeiter waren sehr motiviert, ihre Forderungen einzubringen. Sie sehen auch die Dringlichkeit, weil die Folgen der Klimakrise auf dem Bau gut spürbar sind.» Wegen der dezentralen Organisation, aber auch wegen Corona werden die Aktionen sehr unterschiedlich sein, sagt Leone. Geplant sind Velodemos, Workshops, Versammlungen, und ein nationaler Klimaalarm um 11.59 Uhr.



**SONNENCRÈME.** Ganz sicher am Start sind die Unia-Gärtnerinnen und Gärtner in Bern. Denn auch sie bekommen die Auswirkungen der Klimakrise bereits zu spüren (siehe Seite 22). Landschaftsgärtner und Unia-Mitglied Simon Schmutz verrät: «Wir basteln ein riesiges Thermometer, verteilen Sonnencreme Faktor 100 und vieles mehr!» (asz)

# Strike for Future – Klimabewegung fordert in einem Aufruf: «Alle rein in die Gewerkschaften!»

**Die Klimabewegung will am 21. Mai für eine ökologische, solidarische und gerechte Zukunft streiken – Seite an Seite mit den Lohnabhängigen.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Für Klimaaktivistin Anna Leone (19) ist klar: «Wir stehen auf der Seite der Arbeitenden.» Die Biologiestudentin aus Zürich ist Mitautorin eines Aufrufs der Strike-for-Future-Bewegung mit dem Titel «Alle rein in die Gewerkschaften!» Anna Leone erklärt: «Indem wir selbst den Gewerkschaften beitreten, können wir unsere Ideen von einer sozialen und ökologischen Zukunft direkt mit den Mitgliedern diskutieren.» Die Klimastreikenden möchten die Arbeitenden dazu motivieren, ihre eigenen Forderungen aufzustellen. «Denn», so Leone, «sie müssen beim Wandel involviert sein.» Und im direkten Kontakt könne die Bewegung auch mit Vorurteilen aufräumen: «Es gab Spannungen. Manche sahen uns als verwöhnte Jugendliche, die lieber auf die Strasse als in die Schule gehen, und dachten, wir würden die Probleme der Arbeitenden nicht verstehen.» Deshalb ist es Leone wichtig zu betonen, dass der Strike for Future die Anliegen der Arbeitenden in den Vordergrund stellt.

**AKTIVE JUGENDGRUPPE**

Das zeigt sich auch im Strike-for-Future-Manifest. Dort wird ein «Recht auf nachhaltige, gesunde und sinnvolle Arbeit mit guten Bedingungen und gerechter Bezahlung» gefordert.

Es brauche eine soziale Wende, abgedeckt durch grosse öffentliche Investitionen in die Schaffung nachhaltiger, stabiler, gesunder und gut bezahlter Arbeitsplätze. Zudem einen starken Service public, einen Privatisierungsstopp sowie Umschulungsmöglichkeiten, Einkommens- und Beschäftigungsgarantien.

Und wie kommt der Aufruf, einer Gewerkschaft beizutreten, in den eigenen Reihen an? Leone sagt: «Die meisten unterstützen den Aufruf. Viele verstehen, dass es wichtig ist, sich zu organisieren, und da sind die

**«Wir möchten unsere Zukunftsideen direkt mit den Arbeitenden diskutieren.»**

KLIMAAKTIVISTIN ANNA LEONE

Gewerkschaften eine sehr gute Anlaufstelle.» Sie selbst hat sich für den VPOD entschieden. Und in einigen Regionen laufe auch schon recht viel. So habe sich etwa in der Romandie eine gewerkschaftliche Jugendgruppe formiert, die sich hauptsächlich mit Klimafragen befasse.

**MEHR KONTAKT**

Aber Klimaaktivistin Leone sagt: «Wir möchten noch mehr Arbeitende treffen, etwa an Branchenversammlungen.» Bei Peppina Beeli, der Unia-Co-Verantwortlichen fürs Klima-

dossier, rennt sie damit offene Türen ein. Beeli sagt:

«Die Unia unterstützt den Strike for Future, und es findet ein intensiver Austausch statt.» Und natürlich ist Beeli sehr erfreut über den Aufruf, einer Gewerkschaft beizutreten. «Es ist wichtig und gut, dass so die ökologischen und sozialen Fragen zusammenfinden.»



**ANNA LEONE: Für die Klimaaktivistin führt der Weg zum Wandel über die Gewerkschaften.** FOTO: ZVG

## rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



# Sonnig: Der Mustang von einst ist heute ein Elektro-Autöli

**Elektroautos sind umweltfreundlicher als Verbrenner. Dank immer umweltfreundlicheren und billigeren Batterien. Eine Elektrorevolution auf vier Rädern mischt jetzt deshalb die Autoindustrie auf. Ist das gut oder schlecht?**

Wenn wir dem TCS glauben wollen, sind Elektroautos nicht nur umweltfreundlicher, sondern inzwischen – bezogen auf die Lebensdauer – auch günstiger als Verbrenner. Sie werden sich deshalb innert kurzer Zeit am Markt durchsetzen. Und immer mehr Automanager beginnen dies zu begreifen. Für Volvo-Chef Håkan Samuelsson ist deshalb klar: «Verbrenner sind Technik von gestern.»

Der neueste Ford Mustang etwa säuft nicht mehr 17 Liter Benzin auf 100 Kilometer – und somit 300 Kilowattstunden Strom, sondern begnügt sich mit weniger als 20 Kilowattstunden Strom. Ist das gut oder ist das schlecht? Beides ein bisschen. Elektroautos sind umweltfreundlicher als Verbrenner. Wenn sie viel billiger als diese werden, steigt die Nachfrage, und der Privatverkehr nimmt zu. Um das zu verhindern, müssen unsere Städte nur mehr

autonom gesteuerte Fahrzeuge auf ihren Strassen verkehren lassen, sobald solche verfügbar sein werden. Und hohe Steuern und Abgaben auf Parkplätze erheben.

Faktisch gesehen würde in diesem wünschenswerten Szenario der private Verkehr zu einem öffentlichen Verkehr. Fast niemand fährt mehr mit dem Privatauto durch die Gegend, sondern öffentliche Autofлотten fahren uns alle umweltfreundlich von A nach B. Je nach Tageszeit etwas teurer oder etwas günstiger. Damit Strassen nicht ausgebaut, sondern rückgebaut werden können. Muss, wer Visionen hat, zum Arzt gehen? Oder müssen alle, die keine Visionen haben, sich von der Hausärztin dringend behandeln lassen? Die normative Kraft des Faktischen – und damit das Veränderungspotential der autonom gesteuerten Autos – wird sich durchsetzen.

**DIE SPEICHERFRAGE.** Der VW Buzz soll schon 2025 autonom gesteuert unterwegs sein. Vielleicht wird es auch zwei, drei Jahre länger dauern. Aber der Kapitalismus ist verdammt erfinderisch und zerstörerisch



**AUSSEN WEISS, INNEN ROT: Der Ford Mustang aus den 1960er Jahren soff über 17 Liter Benzin auf 100 Kilometer. Das entspricht 300 Kilowattstunden. Das aktuelle Modell kommt mit 20 Kilowattstunden aus für die gleiche Distanz.** FOTO: FORD

zugleich. Muss man ihn bändigen und abschaffen? Sinnvollerweise beides, aber eins nach dem andern, wie in Paris in der Apotheke.

Warum mischt die Elektrorevolution auf vier Rädern jetzt die Autoindustrie auf? Bill Clinton würde sagen: It's the battery, stupid! Die Batterien wurden in den letzten Jahren immer umweltfreundlicher, billiger und leichter zugleich. Der Trend geht weiter: Hersteller wie Tesla gehen davon aus, dass

der Preis pro gespeicherte Kilowattstunden auf unter 50 Franken sinken wird.

**SYSTEMKONKURRENZ.** Diese rosa Zukunftsaussichten werden auch den stationären Bereich der Speicherung und Verteilung des Stroms auf den Kopf stellen. Neue Konzepte und Anwendungen werden wie Pilze aus dem Boden schiessen. Auf den unsozialen fossilen Kapitalismus folgt somit vorerst der unsoziale solare Kapitalismus. Dabei gilt

es zu beachten: Die sogenannte soziale Marktwirtschaft bescherte uns relativ goldene Nachkriegsjahre. Das Kapital war zu Zugeständnissen bereit, weil es in Systemkonkurrenz zur Sowjetunion stand. Als die Implosion des real nicht existierenden Sozialismus begann, setzte sich im Westen der Neoliberalismus durch. Neu sorgt absehbar die KP Chinas nicht nur militärisch, sondern auch sozial und ökologisch für ein bisschen Systemkonkurrenz.

**LINKS ZUM THEMA:**

- [rebrand.ly/elektromustang](https://rebrand.ly/elektromustang)  
Der neue Ford Mustang beschleunigt in weniger als 4 Sekunden auf 100 Kilometer. Und verbraucht pro 100 Kilometer – so man ihn vorsichtig fährt – nicht mehr als 20 Kilowattstunden Strom.
- [rebrand.ly/pariserruhe](https://rebrand.ly/pariserruhe)  
Regula Imboden stellte Radio SRF die Frage, warum eins nach dem andern wie in Paris?

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

# Coronakrise: Lage vieler Arbeitnehmender massiv verschlechtert

## Weniger Geld, weniger Arbeit

**Junge und ältere Berufstätige trifft die Pandemie am härtesten. Und all jene mit bescheidenen Einkommen. Die beunruhigenden Zahlen und Fakten.**

CLEMENS STUDER

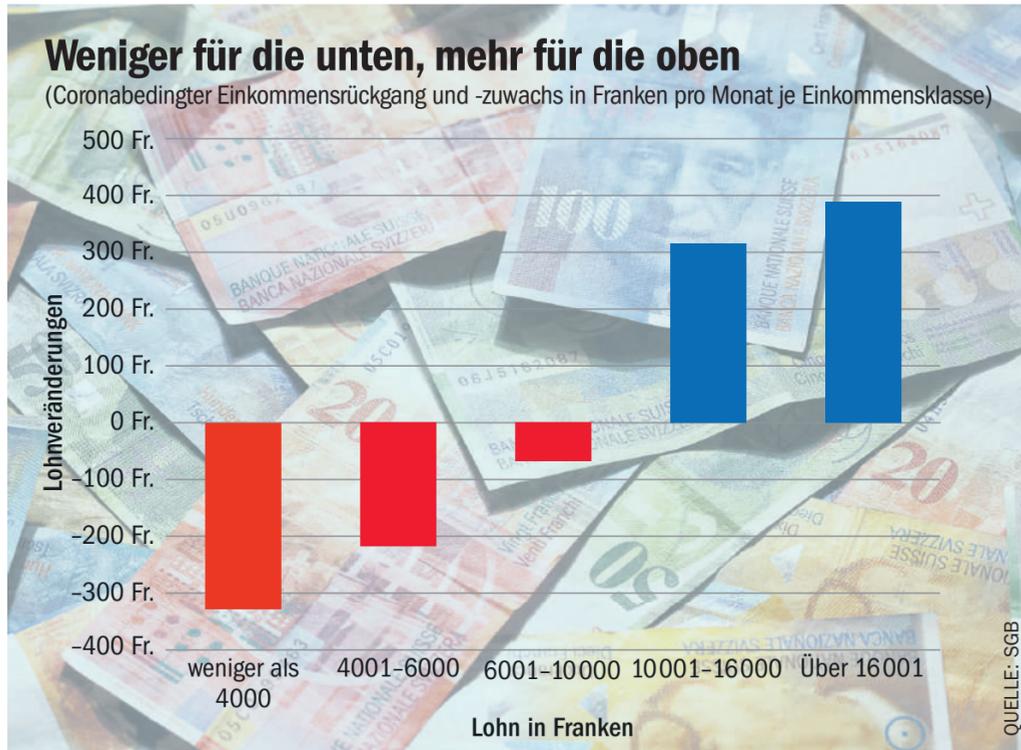
Corona hat die Schere zwischen tiefen und hohen Einkommen noch weiter aufspringen lassen: Während jene mit Bruttoeinkommen bis 4000 Franken mit schmerzhaften Einbußen leben müssen, konnten die Top-Verdienenden ihr Vermögen noch vermehren. Das zeigen Schätzungen des Gewerkschaftsbundes (SGB). Für die untersten Einkommensklassen bedeutet dies ein Minus von rund

**Corona hat die Einkommensschere noch weiter aufspringen lassen.**

300 Franken. Pro Monat! Für Reiche mit Einkommen ab 10000 Franken ein Plus von 300 bis 400 Franken (siehe Grafik). Der Grund: Erwerbstätige mit tieferen Einkommen sind viel stärker von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffen. Denn sie arbeiten häufig im Gastgewerbe, im Kulturbereich oder in anderen Dienstleistungsbranchen (Fitnesscenter usw.). Und diese Branchen sind von den Corona-Massnahmen besonders stark betroffen. Das ist ungerecht, denn niemand kann etwas für Corona. Aber es ist auch politisch gewollt: Denn Kurzarbeitende erhalten in den meisten Fällen nur 80 Prozent ihres Lohnes. Wenn sie arbeitslos sind, gar nur 70 bis 80 Prozent.

**KEIN GELD FÜR DEN ZAHNARZT**

Was das konkret im Alltag bedeutet, schilderte Servicemitarbeiterin Mária Galvao (39) im work: «Die letzte Rechnung vom Zahnarzt war 1600 Franken! Meine Kurzarbeitsentschädigung beträgt aber nur 2045 Franken im Monat für meine 80-Prozent-Stelle im Service.» ([rebrand.ly/zahnarzt](https://rebrand.ly/zahnarzt)) Seit Beginn der Pandemie fordert die Unia deshalb eine Aufstockung des Lohnersatzes bei Kurzarbeit auf 100 Prozent für Löhne bis 5000 Franken netto. Das Parlament



hat im Dezember wenigstens einen kleinen Schritt in diese Richtung getan. Doch nach wie vor blocken SVP-Finanzminister Ueli Maurer und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ab: Die Schweiz könne sich das alles nicht leisten, jammern sie. Doch Unia-Chefin Vania Alleva hält dagegen: «Voller Lohnersatz bis 3470 Franken brutto und bloss 80 Prozent ab 4340 Franken sind einfach zu wenig.» Vor allem auch deshalb, weil sozial schlechtergestellte Menschen ein höheres Corona-Infektions- und Sterberisiko haben. Das belegen inzwischen mehrere wissenschaftliche Studien.

**SOZIALE KRISE**

Überproportional hart trifft die Coronakrise auch die jungen Erwerbstätigen: Sie verlieren ihre Lehrstellen oder ihre Jobs und Zweitjobs und ziehen sich dann ganz aus dem Arbeitsmarkt zurück. Wie sehr das jungen Berufsleuten aufs Gemüt schlägt, erzählen sie im work-Dossier (Seiten 6-7). Viele von ihnen

sehen sich deshalb gezwungen, immer noch prekärere Jobs anzunehmen. Beispielsweise bei den Essenslieferungen über Kurier, die in Lockdown-Zeiten boomen. Doch diese haben oft tiefe Löhne, unsichere Arbeitszeiten und eine schlechte soziale Absicherung.

**WAS ZU TUN IST**

Besorgt beobachtet der SGB auch eine Verlagerung hin zum boomenden Onlinehandel mit seinen tendenziell tiefen Löhnen und problematischen Anstellungsbedingungen. SGB-Chef Pierre-Yves Maillard zeigt deshalb auch ein gewisses Verständnis für die demonstrierenden Jugendlichen in St. Gallen und anderswo: «Wenn Wut und Verzweiflung in Demonstrationen zum Ausdruck kommen, dann wegen ebendieser sozialen Krise.»

Die Welt wird auch nach der Pandemie ungerechter und gefährlicher sein als vorher. So die Analyse des Gewerkschaftsbundes. Insbesondere für Einkommensschwache, Frauen und Junge.

«Und die Sparmassnahmen, die folgen könnten, stellen eine Bedrohung für das öffentliche Gesundheits- sowie Bildungswesen dar, dabei sind diese so wichtig wie nie zuvor.» Das gelte es unbedingt zu verhindern, fordert Maillard. Deshalb verlangt der Gewerkschaftsbund unter anderem:

- Dass nach den Sommerferien 2021 alle Jugendlichen im Land einen Schulplatz, eine Lehrstelle oder eine erste Stelle haben: «Wir schulden dieser Generation Solidarität, denn sie hat in dieser Krise grosse Opfer gebracht.»

- Dass die Corona-Entscheidungen nach der Öffnung eine Zeitlang beibehalten und schrittweise in ein Instrument für die Wiederbelebung der während der Krise zum Stillstand gekommenen Branchen umgewandelt werden.

- Dass der Service public gestärkt wird, insbesondere im Gesundheitswesen: «Zu einer solchen Stärkung gehört auch eine Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen.»

**DER CORONA-KOMMENTAR**  
**VON CLEMENS STUDER**

## NACHBARN DICHT. SCHWEIZ NICHT.

Die Nachbarländer machen zu – die Schweiz macht auf. Trotz Büsi-Lockdown. Weil der Bundesrat den Wirtschaftsverbänden und der zunehmend coronaleugnenden SVP entgegenkommt. Fakt ist: die Infektionszahlen steigen, die Belegung der Intensivstationsbetten kommt wieder an den Anschlag, die Überlastung des gesamten Gesundheitswesens ist absehbar.

**SCHNEGG & FEHR.** Fakt ist auch: die meisten Kantone haben weder das Contact-Tracing noch das Impfen im Griff. So wie zum Beispiel der Kanton Bern. Was aber den SVP-Gesundheitsdirektor Pierre-Alain



**«Fakt ist: die Infektionszahlen steigen.»**

Schnegg nicht davon abhält, sein Versagen dem Bund in die Schuhe zu schieben. In Zürich, dem bevölkerungsreichsten Kanton der Schweiz, ist eine pandemievernünftige SVP-Regierungsrätin Gesundheitsdirektorin. Doch sie hat einen schweren Stand. Weil Polizeiminister Mario Fehr (immer noch SP), die Pandemie dazu genutzt hat, seinen Traum von der allumfassenden Aufstandsbekämpfung umzusetzen. In der zürcherischen Corona-Taskforce sitzen zur grossen Mehrheit Vertreter von «Sicherheitskräften». Was womöglich auch dazu beigetragen hat, dass Polizisten an einer Frauendemo eine Feministin zusammenschlugen, während Coronaleugner munter marschieren durften. Gleich und gleich gesellt sich gern – auch wenn die städtische Polizeidirektorin eine von den Grünen ist.

**BAEHNY & STARNER.** A propos blamierendes Versagen: Da ist ganz vorne dabei ein Mann namens Albert M. Baehny. Chef der Lonza, die im Auftrag der US-Pharmafirma Moderna im Wallis einen Impfstoff herstellen darf. In den TX-Medien und auf den SRG-Kanälen hat er sich aufgeplustert. Er habe dem Bund eine Produktionsstrasse angeboten, damit die Schweiz privilegierten Zugang zu Impfstoff bekomme. SP-Gesundheitsminister Alain Berset habe es verdammt. Dumm nur für Baehny und seine medialen Lautsprecher: die Geschichte stimmt nicht. Das hat Moderna-Europachef Dan Starnier klargestellt. Weil Baehny es gar nicht kann. Ebenso wenig, wie ein Sanitär eine Eigentumswohnung verkaufen kann, in der er das Bad eingebaut hat.

## Österreich: Grösste Gewerkschaft fordert Millionärssteuer

# Superreiche sollen zahlen

**50 Milliarden Euro kostet die Pandemie den österreichischen Staat. Höchste Zeit, dass jetzt auch Millionärinnen und Millionäre ihren Beitrag an die Krise leisten, sagen die Gewerkschaften.**

JOHANNES SUPE

Wer zahlt eigentlich die Kosten der Pandemie? Noch federt der Staat die Auswirkungen der Krise ab. Mit Milliardenbeträgen. Doch wie lange kann er das noch tun? Gedanken dazu macht sich die österreichische GPA (früher: Gewerkschaft der Privatangestellten). Und legt einen detaillierten Plan vor, wie Krisengewinnler und Superreiche zur Kasse gebeten werden können.

GPA-Mann Christoph Sykora sagt zu work: «Es ist völlig klar: Jetzt müssen die Millionäre und Milliardäre endlich einen Beitrag leisten. Ihre extremen Vermögen sind bisher kaum oder gar nicht angetastet worden.» Entsprechend verlangt die Gewerkschaft die Einführung einer gestaffelten Millionärssteuer: Ab einem Vermögen von einer Million Euro werde eine Steuer von 0,5 Prozent fällig. Wer zwei Millionen besitzt, soll mit einem Steuerprozent belegt werden; jene Multimillionäre mit noch grösserem Vermögen schliesslich mit 1,5 Prozent.

Getroffen würden zielgenau nur die Besitzenden, dennoch kämen jährliche Steuereinnahmen von gut 5 Milliarden Euro zustande.

Geld, das nun für die Bewältigung der Krise und später für einen ökosozialen Umbau genutzt werden könne, so Sykora.

**MILLIONÄRE WURDEN GESCHONT**

Tatsächlich ist die Lage in Österreich (mit seinen 8,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern der Schweiz nicht unähnlich) derzeit drastisch: Mehr als 50 Milliarden Euro an Hilfen, Subventionen und Krediten hat der österreichische Staat bereits

**Drei Viertel der Österreicherinnen und Österreicher sind für eine Millionärssteuer.**

ausgegeben oder für die kommenden zwei Jahre budgetiert, hält der ÖGB, der Österreichische Gewerkschaftsbund, fest. Für die grösste österreichische Gewerkschaft GPA war das der Grund, genauer hinzusehen: 60 Prozent der Staatshilfen landen bei den Unternehmen, nur etwa ein Drittel der Gelder kommt direkt den Beschäftigten zugute. Bezahlen aber müssen die Pandemieopfer bislang die Arbeitnehmenden, denn sie tragen den erdrückenden Teil des Steueraufkommens.

Ein Zufall ist diese Verteilung nicht. 1993 hob die österreichische Regierung die bis dahin bestehende Vermögenssteuer auf. 2007 entfiel zudem die Erbschaftssteuer. Seitdem müssen

Multimillionäre kaum noch an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. In beiden Fällen waren es übrigens sozialdemokratisch geführte Regierungen, die die Reichen «entlasteten», nachdem ihre konservativen Koalitionspartner darauf drängten (siehe 1x1 Seite 16).

Heute sehen sich die Gewerkschaften einer konservativ-grünen Regierung gegenüber. Und stossen erneut auf erbitterten Widerstand. Gewerkschafter Sykora sagt: «Die konservative ÖVP hat ihren Wahlkampf zum Grossteil durch Spenden von Industriellen finanziert. Denen scheint sie sich nun verpflichtet zu fühlen.» Österreichs Grüne hingegen seien grundsätzlich für eine Vermögenssteuer. «Doch sie sagen, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt für ihre Einführung sei», so Sykora.

Entsprechend baut die GPA nun systematischen Druck auf. Anfang März fand eine erste Aktionswoche statt, demonstriert wurde unter anderem vor dem Wiener Kanzleramt. Auf Sympathie in der Bevölkerung kann sie dabei bauen:



**STEUERLAST: Gewerkschaftsaktion vor dem Kanzleramt in Wien.**

FOTO: KEYSTONE

Kürzlich hat eine repräsentative Umfrage der GPA ergeben, dass drei Viertel der Österreicherinnen und Österreicher die Einführung einer Millionärssteuer unterstützen würden.

Erfolg hatten die österreichischen Gewerkschaften schon einmal. 2014 führte der ÖGB eine grossangelegte Kampagne zur Änderung der Lohnsteuer durch. Beschäftigte sollten endlich weniger stark belastet werden. Tausende gingen für das Anliegen auf die Strasse, fast 900 000 Menschen gaben ihre Unterschrift für eine Petition. Schliesslich wurde der Druck auf die Regierung so gross, dass sie eine Reform im Sinne des ÖGB beschloss.

# Mehr als ein Jahr Pandemie: So erleben junge Berufsleute ihr neues Jungsein in Zeiten von

Eine Kita-Frau, ein Maurer, ein Coop-Verkäufer und ein Elektriker: Sie sind jung und Unia-richtig durchstarten. Doch dann kam Corona. Jetzt erzählen sie, was das Virus mit ihnen

## Marius Käch, 24, Maurer EFZ: «In der Schweiz zählen nicht wirklich die



**work: Mehr als ein Jahr Pandemie: Was war bis jetzt das Schwierigste für dich?**

**Marius Käch:** Die Einschränkungen im Privatleben, während man gleichzeitig die ganze Zeit arbeiten gehen muss.

Das ist ein riesiger Widerspruch, der zeigt: Wir sind nur da, um Geld zu machen, und alles andere ist nichts wert. Weder unsere Gesundheit, unsere Sicherheit, unsere Familie noch sonst irgendwas.

Bei den Pflegenden gab es wenigstens eine gesellschaftliche Debatte über den Wert ihrer Arbeit, und Applaus. Nur: Davon kann man auch keine Miete und keine Krankenkasse zahlen. Ganz anders bei uns auf dem Bau. Am Anfang hatten wir nicht einmal genügend Seifen, um die Hände zu waschen. Und zu wenig Toitots, keine Hygienemasken. Das Einzige, was wir bekamen, war ein Plakat des Baumeisterverbands, auf dem «Danke» stand und das in der Baracke aufgehängt wurde. Zusammen mit einer Androhung von Lohnsenkungen. Was soll man dazu sagen?

**Hätten denn auch die Baustellen geschlossen werden sollen?**

Selbstverständlich! Das einzig Richtige wäre: Alles für eine kurze Zeit konsequent dichtmachen, damit sich das Virus nicht mehr verbreitet. Ausserdem viel testen und, wenn neue Fälle auftauchen: Sofort rigorose Lockdowns verordnen, aber möglichst lokal und möglichst kurzfristig. So wie das andere Länder machen, in denen es wieder ein gesellschaftliches Leben gibt,

wie in China, Vietnam und Kuba zum Beispiel. Da sind viel weniger Menschen gestorben und erkrankt, auch die Wirtschaft erholte sich rascher wieder.

Als die Pandemie begann, hat China innert zehn Tagen ganze Spitäler aus dem Boden gestampft, und in Vietnam gibt es seit Anfang der Pandemie keine 3000 Infizierte. Wir warten hier seit Ewigkeiten auf irgendwelche Impfungen.

**Sind die Corona-Vorsichtsmassnahmen im Job schwierig umzusetzen?**

Wir haben Regeln zum Maskentragen, zum Händedesinfizieren, dazu, wie viele Leute in den Baracken sein dürfen, wo gegessen wird und wie man anstehen soll.

**«Ich wüsste nicht, was in diesem Jahr positiv war.»**

Das finde ich super gemacht. Es kommt aber natürlich auf die Baustelle an. Ich habe das Glück, dass ich auf einer bin,

wo der Polier die Regeln ernst nimmt, das ist aber nicht überall so.

Das Problem ist mehr die Arbeit selber: Wie soll man etwa mit zwei Metern Abstand eine Wand schalen, wenn sie zwei Leute halten müssen und sie keine zwei Meter breit ist? Und dann heisst es halt: «Die Hütte muss bis dann und dann stehen, Punkt!» Ob jetzt Corona ist oder nicht: der Termin steht. Das ist ja schon sonst das Problem, der ganze Termindruck und Stress.

**Hat die Pandemie auch was Gutes bewirkt?**

Gar nichts! Ich wüsste nichts, was mir dieses Jahr passiert ist, das wirklich positiv war. Ich bin ein Jahr älter geworden. Und ich war praktisch nur am Arbeiten. Doch, vielleicht das: Ich konnte im Lockdown am Morgen plötzlich sitzen im Zug, statt zu stehen.

**Was hast du in diesem Corona-Jahr am meisten vermisst?**

Dass ich am Freitag und am Samstag an keine Konzerte mehr gehen kann, das tut im Herzen weh. Und dass ich bei meinem Hockeyclub nicht mehr in

## Ilkim Daskiran, 23, Detailhandelsangestellter: «Ich glaube, Corona macht mich

**work: Was ist das Schwierigste für dich in diesen Corona-Zeiten?**

**Ilkim Daskiran:** Ich verlor meine Lehrstelle im Hotel Metropol in Interlaken. Kaum hatte ich dort angefangen, musste das Hotel wegen Corona schliessen. Das war im letzten August – und normalerweise sind dann schon alle Lehrstellen besetzt. Ich habe die ganze Zeit gesucht und Bewerbungen verschickt. Ich habe wirklich alles gemacht: Ich schrieb Mails, ich bewarb mich mit Videos, ich ging vorbei, wenn es möglich war. Das war sehr schwierig.

Schliesslich konnte ich in einem Restaurant schnuppern. Aber bevor ich wirklich dort anfangen konnte, wurde der Chef ermordet. (Das «Tötungsdelikt von Interlaken» machte damals Schlagzeilen: Die Frau des Wirtes, eine Ex-Profiboxerin, wird verdächtigt und wurde verhaftet. Es gilt die Unschuldsvermutung. Red.) Es war schlimm. Der Betrieb ging zu, alle verloren den Job – und ich hatte weiter

keine Lehrstelle. Durch Glück habe ich im Oktober schliesslich bei Coop eine Lehre anfangen können. Da habe ich jetzt viel Kontakt mit Kunden und kann so mein Deutsch verbessern. Denn ich bin erst seit fünf Jahren in der Schweiz.

Der Anfang war nicht einfach. Ich hatte ja die ersten drei Monate der Stiffti verpasst – und musste alles aufholen. Am Arbeitsplatz und in der Berufsschule. Das war schon anstrengend. Ausserdem mussten meine Familie und ich im letzten Jahr zweimal umziehen. Am Anfang war unsere neue Wohnung total leer. Wir hatten zwei Monate lang keine Möbel, nur zwei Betten, weil wir vorher in einem Haus gewohnt hatten, das von einer Asylorganisation betrieben wird. Und weil ja die Läden wegen Corona geschlossen waren, konn-

**«Wegen Corona habe ich meine Lehrstelle verloren.»**

ten wir nicht einfach so Möbel kaufen gehen.

**Was war das Beste am Corona-Jahr?**

Ich konnte im letzten Jahr mein eigenes Tonstudio einrichten. Musik ist sehr wichtig für mich. In der Türkei arbeitete ich als Tontechniker, und das möchte ich irgendwann auch hier in der Schweiz tun.

**Was hast du am meisten vermisst?**

Früher gaben meine Freunde und ich fast jede Woche irgendwo ein Konzert. Wir spielen Rap und R'n'B. Das konnten wir jetzt nicht mehr, und das fehlt mir sehr. Auch das Zusammensein mit den Freunden. Mich dünkt, wir haben uns etwas auseinandergeliebt, weil wir uns nicht mehr sehen konnten.

**Fühlst du dich einsam?**

Ja! Vor allem auch, nachdem ich meine Lehrstelle verloren hatte und ich nichts mehr anderes machen konnte, als dazusitzen. Am Anfang fand ich

das noch gar nicht so schlimm. Es war wie eine Erholung von der stressigen Welt draussen. Aber irgendwann dann fühlte ich mich sehr allein.

**Hattest du Angst, Corona zu bekommen?**

Sehr, ja! Im Verkauf kannst du ja kein Homeoffice machen. Wir stehen den ganzen Tag im Laden, wo viele Leute kommen. Jedes Produkt, das im Regal steht, fassen wir an. Und beim Einkassieren nehmen wir die Waren, die die Kunden anfassen und kaufen, ebenfalls in die Hand.

Klar, ich arbeite mit Maske und Handschuhen. Doch wenn ich könnte, würde ich auch noch einen weissen Schutzanzug anziehen. (Lacht.) Wir sind dem Virus halt stark ausgesetzt. Und das Problem ist ja, dass wir nicht genau wissen, was diese Krankheit mit einem macht. Vielleicht hätte ich einen schwachen Verlauf. Aber vielleicht auch nicht. Ich glaube, Corona macht mich ein bisschen paranoid. (Lacht.)

**Wie erlebst du Corona an der Berufsschule?**

Wir hatten zwar immer vor Ort Berufsschule, nie virtuell. Aber im Klassenzimmer sitzen wir mit Abstand und tragen Masken. Und die, die reden, sind meistens die Lehrer. Wir kommunizieren viel weniger untereinander. Auch am Mittag chillen die meisten für sich an ihrem Pult oder gehen eine Zigarette rauchen. Das ist alles schon sehr anders als vorher.

**Was hat dich Corona gelehrt?**

Viel über Bakterien und Viren. Und mir ist aufgefallen, dass ich mir früher sehr viel ins Gesicht gefasst habe. Das mache ich jetzt nicht mehr. Ausserdem hat mich Corona gelehrt, wie es ist, ein einsames Leben zu führen und mehr allein zu sein.

**Falls wir das Virus in den Griff bekommen: Glaubst du, es wird alles wieder wie vor Corona?**

Das «neue Normal» wird sicher noch



MEIN LIEBLINGSFILM: «Léon – der Profi». FOTO: STEPHAN BÖSCH

## Léon Fahrni, 22, Elektriker: «Alles Vergnügliche

**work: Was ist das Schwierigste für dich in diesen Corona-Zeiten?**

**Léon Fahrni:** Sicher, dass die ganzen Kulturbetriebe schliessen mussten, aber wir trotzdem weiterschaffen mussten. Alles haben sie dichtgemacht, ausser bei uns auf den Baustellen. Mein Leben und das meiner Kollegen ist offenbar viel weniger wichtig als der Profit unserer Chefs. Das macht mich extrem hässig.

**«All das führt zu Arbeitsdepression.»**

Gibt es auch was Gutes?

Ich musste während Corona 18 Wochen in die RS. Ich bin Flugabwehr-

kanonier. Wenigsten verpasste ich nicht so viel, da ja eh alles zu war und nichts lief.

**Was hast du seit Corona am meisten vermisst?**

Klar die Parties und den Ausgang. Neue Menschen kennenlernen. Bin neu nach Frauenfeld gezogen und fiel hier etwas in ein soziales Loch. Wohne zwar in einer WG mit meinem besten Kollegen, aber trotzdem. Jetzt habe ich gestern grad meinen Job gekündigt, da ich einfach keine Nerven mehr habe. Es ist immer dasselbe: aufstehen, schaffen, Haushalt machen, schlafen – und wieder von vorne. All das führt irgendwie zu einer Arbeitsdepression. Erspartes habe ich zwar nichts, aber

ich brauche endlich mal eine Pause jetzt!

**Fühlst du dich einsam?**

Ja! Und auch alleingelassen, obwohl es allen gleich geht.

**Hast du Angst vor Corona?**

Nein, Angst nicht. Ich habe mich immer an die Anweisungen des BAG gehalten, obwohl sie einschneidend sind.

**Fühlst du dich als Teil einer «verlorenen Generation», der Corona das Leben gestohlen hat?**

Ja, verlorene Generation trifft es. Alles Vergnügliche hat man uns gestrichen, aber die Wirtschaft hat man einfach weiterlaufen lassen. Ich konnte ja kein

# Leben mit dem Virus Corona

Mitglieder und wollten gerade gemacht hat.

## Menschenleben»

die Kurve gehen konnte, ebenfalls. Vor allem jetzt, wo Playoffs sind, das tut verdammt weh.

### Wirst du dich impfen lassen?

Aber sicher! Es ist zwar nicht so, dass ich der Pharmaindustrie trauen würde. Von denen habe ich eine genauso schlechte Meinung wie von den Banken, Glencore und Nestlé. Aber jetzt blöd zu tun und sich gegen die Corona-Impfung zu stellen, also das kommt für mich sicher nicht in Frage. Diese Impfung ist etwas vom Besten, was man machen kann!

### Hattest du seit Beginn der Pandemie Angst, den Job zu verlieren?

Diese Angst habe ich konstant. Denn: Ich bin zwar gelernter Maurer und es gibt bestimmte Sachen, die ich speziell gelernt habe. Aber vieles, was ich mache, können auch andere. Wir sind alle ersetzbar.

Auf dem Bau läuft es zwar noch gut, aber die Krise fängt auch bei uns an. In Zürich ist Frutiger hopsgegangen. Und Strabag hat mit Entlassungen angefangen.

### Hat dich Corona etwas gelehrt?

Von klein auf wurde mir immer gesagt, dass ich im besten Land der Welt lebe. Ein Land, in dem Menschenleben sehr wichtig seien und das gemeinsame Wohlergehen das höchste Gut. Dabei wurde immer auf andere Länder gezeigt, wie Vietnam und Kuba. Dort hätten die Menschen nur zu arbeiten und sonst keinen Wert. Nun kommt es hart auf hart bei uns mit der Pandemie. Dort haben die Menschenleben Priorität und bei uns nur die Wirtschaft.

### Glaubst du, nach Corona wird alles wieder wie früher?

Was für ein «Früher»? Ein «Früher» wie 2018, als wir gegen den Zwölf-Stunden-Arbeitstag gestreikt haben auf dem Bau? Ein «Früher» mit einer Wirtschaftsform, welche die ganze Menschheit gegen die Wand fährt mit der Klimakrise? Ich möchte eine gute Zukunft für uns alle, aber nicht das alte «Zuvor».

Das Gespräch führte Patricia D'Incau.

## ein bisschen paranoid»



**LIEBLINGSFILM:** «Ich schaue alles – ältere Filme genauso wie neuere, alles mit einer Message, und auch ein bisschen Comedy.»

FOTO: MATTHIAS LUGGEN

einige Zeit so ähnlich bleiben, wie es jetzt ist. Und es wird in Zukunft sicher auch noch öfter Pandemien wie diese geben. Deshalb müssen wir ja auch

einen Weg finden, wie wir damit umgehen können.

Das Gespräch führte Patricia D'Incau.

## hat man uns gestrichen»

Homeoffice machen, war immer dran und draussen auf den Baustellen. Aber das Soziale, das du vorher so hattest, das Feierabendbier, das gute Laune gibt, das fiel weg.

### Hast du die wirtschaftliche Krise gespürt?

Nein. Ende Monat hatte ich mehr Geld im Sack als sonst, da ich es nicht ausgeben konnte für den Spass im Leben.

### Lässt du dich impfen, wenn das möglich wird?

Ja, sofort! Damit wieder ein normales Leben möglich wird.

### Hast du Forderungen an die Politikerinnen und Politiker?

Ja, die Politiker sollen mehr auf uns Junge schauen, denn das haben sie während Corona nicht gemacht. Sie haben uns einfach ignoriert. Deshalb habe ich auch Verständnis für die Kravalle in St. Gallen. Selber war ich allerdings nicht da.

### Falls wir das Virus in den Griff bekommen: Glaubst du, alles wird wie vor Corona?

Nein, denn es wird viele Kleinbetriebe und kleine Kulturorganisationen vor allem für die Jugend nicht mehr geben. Sie gehen ein, weil sie zu wenig Unterstützung von der Politik bekommen haben.

Das Gespräch führte Jonas Komposch.

**Madlen Schär, 22, Miterzieherin Wald-Kita**

## «Ich habe mich menschlich weiterentwickelt»

**work:** Was war, seit es Corona gibt, das Schwierigste für dich?

**Madlen Schär:** Die Kontakte zu meinem Freundeskreis zu halten, denn die liefen vorher vor allem über den Ausgang. Ich fand auch schwierig, dass sich gewisse Leute abschotteten. Es gibt Leute in meinem Umfeld, die driften ab, auch in Verschwörungstheorien, weil sie nicht mehr gezwungen sind, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen. Mit gewissen Freunden kann ich über gewisse Themen nicht mehr sprechen, zum Beispiel übers Impfen. Sie leben nur noch in ihrer Bubble.

### Fühltest du dich einsam?

Nicht wirklich, zum Glück. Ich habe eine megacoole WG und das Glück, mit drei sehr tollen Menschen zusammenzuleben. Wir sind zu einer Familie zusammengewachsen. Im letzten Frühling habe ich während des Lockdown keine anderen Menschen gesehen als meine Mitbewohnerinnen und Mitbewohner.

### Hast du Angst, Corona zu bekommen?

Ja, aber mehr wegen meiner Mitbewohnerin und meinem Freund, der auch in der WG wohnt, weil die beiden zur Risikogruppe gehören. Im Lockdown letztes Jahr hatte ich Angst, sie anzustecken. Jetzt habe ich etwas weniger Angst. Der letzte Sommer brachte ein wenig Entspannung. Aber wir schränken unsere Kontakte immer noch ein. Meine Mitbewohnerin hat jetzt die erste Impfung erhalten, deshalb kann ich etwas aufatmen.

### «Die Stellensuche ist im Moment der Horror.»

### Waren die Massnahmen des Bundesrates für dich einschneidend?

Ich hatte Glück. Aber mein Freund konnte letztes Jahr nur drei Monate arbeiten. Er hat als Elektriker auf Montage gearbeitet und dann gekündigt. Gleich zu Beginn der Pandemie fing er bei der Securitas an. Doch sie kündigten ihm in der Probezeit. Wir fragten uns, ob sie das machten, weil er Risikopatient ist. Auch andere Freundinnen und Freunde verloren kurz vor oder während der Pandemie ihren Job. Die Stellensuche ist im Moment der Horror. Da bin ich froh, dass ich in einem systemrelevanten Beruf arbeite. Nur: Wenn schon systemrelevant, dann sollte man diese Berufe endlich auch besser entlohnen!

### Hat die Politik die Jungen vergessen? Fühlt ihr euch als «verlorene Generation»?

Ich hätte mir gewünscht, man wäre mehr auf die psychische Gesundheit der jungen Leute eingegangen. Denn die Pandemie schlägt schon stark auf die Psyche. Auch in der Schule wird nicht darauf eingegangen, dass es vielen Jugendlichen nicht gut geht. Da heisst es immer sofort: «Es gibt nichts zur grännen, nur weil ihr nicht in den Ausgang könnt!»

### Hatte und hat die Corona-Zeit für dich auch was Positives?

Ich war gezwungen, mega viel Zeit mit mir selber zu verbringen, weil ich weniger Ablenkung hatte. Deshalb habe ich mich als Mensch weiterentwickelt. Und gewisse Freundschaften wurden tiefer. Da man den Freundeskreis klein halten musste, merkte ich, welche Leute mir wirklich wichtig sind.

### Was hast du seit der Pandemie am meisten vermisst?



**LIEBLINGSFILM:** «Scott Pilgrim versus the World». FOTO: SEVERIN NOWACKI

Den Ausgang und die Festivals vermisste ich sehr. Seit ich sieben bin, gehe ich jedes Jahr an mindestens ein Open Air.

### Du hast immer «draussen» gearbeitet und nie im Homeoffice, oder?

Ja. Während des Lockdown im letzten Jahr stand ich drei Monate lang am Fliessband in einer Pharmafirma. Da hatten wir keine Maskenpflicht. Die Firma hielt sich nicht an die Massnahmen. Erst nach Wochen wurden Plexiglasscheiben montiert und Arbeitsplätze gesperrt. Als mal eine Kontrolle kam, schickten sie mich und andere in ein Büro, damit der Kontrolleur uns nicht sah. Jetzt

als Miterzieherin in einer Wald-Kita arbeite ich immer draussen, und wir dürfen da die Maske ausziehen.

### Lässt du dich impfen?

Ja, ich bin schon angemeldet.

### Glaubst du, nach Corona wird alles wieder sein wie vor Corona?

Nein, vor allem gefühlsmässig nicht. Es wird sich noch lange komisch anfühlen, im Ausgang in einer grossen Menschenmenge zu sein. Oder ohne Maske im Tram zu sitzen. Viele Leute haben sich während Corona auch radikalisiert, die politischen Lager sind sehr verhärtet.

Das Gespräch führte Anne-Sophie Zbinden.

## Neuenburg Der Frauenkanton

**Das gab's noch nie: Mit 58 Frauen zu 42 Männern sitzen erstmals in einem Kantonsparlament mehr Frauen als Männer.**

CHRISTIAN EGG

Exakt 50 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts auf Bundesebene triumphiert der Kanton Neuenburg als erster Frauenkanton in der Schweizer Geschichte. Eine faustdicke Überraschung! Im bisherigen Kantonsparlament hatte der Frauenanteil noch bei 34 Prozent gelegen, nur wenig über dem schweizerischen Durchschnitt. Auf den Wahllisten zum neuen Parlament waren es im Schnitt aller Parteien immerhin 40 Prozent Frauen. Aber die Neuenburgerinnen und Neuenburger wollten mehr. Und so sprang der Frauenanteil nun gleich 24 Prozentpunkte nach oben.

Es sind die linken Parteien, die jetzt am meisten Frauen ins neue Parlament schicken können: Bei den Grünen sind 78 Prozent aller Gewählten Frauen, bei der SP 71 Prozent. In der grössten Fraktion, der FDP, liegt der Frauenanteil nur bei 41 Prozent. Insgesamt bleibt der Neuenburger Grosse Rat weiterhin bürgerlich, wenn auch knapp.

### FRAUENSTREIK SEI DANK

Der Frauenstreik von 2019 hat damit auch in Neuenburg gewirkt. Landauf, landab werden seit zwei Jahren die Parlamente weiblicher: Im Nationalrat sitzen seit den letzten Wahlen 42 Prozent Frauen. Noch davor, im Vorfeld des Frauenstreiks, wählten schon die Kantone Zürich und Baselland je 40 Prozent Frauen in ihre Parlamente. Basel-Stadt folgte im vergangenen



FRAUEN FÜR FRAUEN: Stimmzählung in Neuenburg. FOTO: KEYSTONE

Jahr mit 42 Prozent. Und die Städte Bern, Lausanne und Freiburg haben seit den letzten Wahlen eine Frauenmehrheit im Gemeindeparlament. In seiner Analyse auf Swissinfo kommentiert Politologe Claude Longchamp: «Die Zeichen stehen nicht direkt auf Sturm, aber es gibt anhaltende Veränderungen.» Interessant in diesem Zusammenhang auch die nationalen Wahl-Nachbefragungen der Uni Lausanne von 2019: Die weibliche Wählerschaft in der Schweiz sei nach links gerutscht, so die Analyse. 46 Prozent der Frauen wählten SP, Grüne oder Grünliberale. Bei den Männern war es nur ein Drittel.

### MÄNNER UNTER SICH

Zählt man die Sitze aller Kantonsparlamente zusammen, so liegt der Frauenanteil gesamtschweizerisch jetzt bei 31,8 Prozent. Dieser Anteil nimmt seit zwei Jahren deutlich zu, nachdem er jahrelang um die 25 Prozent stagniert hat. Noch kaum Bewegung gibt's dagegen in den Kantonsregierungen: Erst ein Viertel aller Mitglieder sind weiblich. Fast gleich wenig wie vor acht Jahren. Damals war immerhin in jeder Kantonsregierung mindestens eine Frau vertreten. Heute nicht mehr: In sieben Kantonen, darunter Luzern, Aargau, Wallis und Uri, sind die Männer mittlerweile wieder unter sich.

## SVP-Bundespräsident Guy Parmelin reist nach Brüssel

# Rahmenabkommen: Der (vor)letzte Akt

**High Noon oder schickliches Begräbnis? Jetzt soll Bundespräsident Guy Parmelin nach Brüssel reisen und retten, was wohl nicht mehr zu retten ist.**

CLEMENS STUDER

Seit sieben Jahren verhandelt die Schweiz über ein sogenanntes Rahmenabkommen mit der EU. Zur Absicherung der bilateralen Verträge. Diese brauchte es, weil das Schweizer Volk 1992 den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) hauchdünn abgelehnt hat. Nach einer beispiellosen Kampagne von SVP-Führer Christoph Blocher. Auch dank rechten Sozialdemokraten wie Rudolf Strahm und einem Teil der Grünen.

Es folgte eine Phase von konjunkturpolitisch mageren Jahren bis zum Abschluss der bilateralen Verträge. Diese werden mit Massnahmen flankiert, die den Schweizer Lohnschutz sichern. Eine Errungenschaft der Linken und Gewerkschaften. Doch den rechten Parteien, den Wirtschaftsverbänden und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) sind die flankierenden Massnahmen (FlaM) seit je ein Dorn im Auge. Damals haben sie zugestimmt, weil sie freien Marktzugang wollten für Exporte, die Finanzindustrie und freien Zugriff auf die Arbeitskräfte aus dem EU-Raum. Das vorher geltende Kontingentregime war nicht nur unmenschlich, sondern irgendwann für das Kapital auch profitmindernd.

### WAS IST GESCHEHEN?

Am 20. September 2017 wurde Ignazio Cassis als FDP/SVP-Hybrid in den Bundesrat gewählt. Seit dem 1. November des gleichen Jahres ist er Vorsteher des Aussende-



MÄÄH: Weinbauer Parmelin hat ein Händchen für Lämmchen. In Brüssel wird er wohl aber auch etwas Schwein brauchen. FOTO: KEYSTONE

partements EDA. Angetreten ist Cassis mit dem grossmauligen Versprechen, im Verhältnis mit der EU den «Reset-Knopf» zu drücken. Herausgekommen ist ein Fiasko. Denn Cassis überschritt im Auftrag einiger Wirtschaftsverbände und dem Seco die von der Bundesratsmehrheit definierten «roten Li-

### Gegen Gewerkschaften und SVP ist keine Abstimmung zu gewinnen.

nien». Im besonderen gab er den Lohnschutz auf und wollte damit die FlaM faktisch aufgeben. Das war verheerend. Inhaltlich, aber auch für das Abkommen als solches. Denn die Gewerkschaften waren aufmerksam und bemerkten den Angriff auf den Lohn-

schutz. Der damalige SGB-Präsident Paul Rechsteiner stellte sich im Sommer 2019 entschieden dagegen. Und stoppte Cassis.

### WAS WIRD PASSIEREN?

Am Erscheinungstag dieser work-Ausgabe (also nach Redaktionsschluss) reist Bundespräsident Guy Parmelin (SVP) nun nach Brüssel. Vielleicht kann der wackere Waadtländer Weinbauer noch etwas retten. Doch das ist mehr als fraglich. Zu viel hat der wendige Ignazio «Reset-Knopf» Cassis versaubert. Das haben seine Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat unterdessen definitiv begriffen. Er muss zwar nicht «ooni Znacht is Bett», aber zu Hause bleiben.

Unterdessen fordern der EU-Botschafter in der Schweiz und ei-

nige Medienschaffende eine Volksabstimmung über das jetzt vorliegende Rahmenabkommen. Das ist der letzte verzweifelte Versuch von neoliberalen Wirtschaftsverbänden und gewerkschaftsfernen SP-Mitgliedern, doch noch den Lohnschutz zu schleifen. Es wird nicht gelingen. Weil: Gegen die Gewerkschaften mit ihrer differenzierten und dezidierten Kritik am Rahmenabkommen und gegen die fundamentalistische rechtsnationalistische SVP ist in der Schweiz keine Abstimmung zu gewinnen. Das ist nicht Polit-Propaganda, sondern pure Polit-Arithmetik.

Das hat auch der schlaue Mitte-(Ex-CVP-)Präsident Gerhard Pfister schon länger begriffen. Auch er ist für Übungsabbruch beim Rahmenabkommen in der vorliegenden Form. Ciao Cassis!

## AHV-Dreizehnter im Schlussspurt

# Endlich mehr Rente für alle!

**Die Gewerkschaftsinitiative für einen AHV-Dreizehnten ist auf der Zielgeraden. Trotz Corona.**

CLEMENS STUDER

Die Schweiz hat ein sogenanntes Dreisäulensystem zur Altersvorsorge. Die erste Säule ist die AHV. Sie ist im soliden und solidarischen Umlageverfahren finanziert. Die zweite Säule sind die Pensionskassen. Sie spekulieren mit dem Geld der Versicherten im internationalen Finanzcasino und treiben daneben die Mieten der Versicherten hoch. Nicht zuletzt, weil sie exorbitante Gebühren und Provisionen an die Finanzindustrie und irgendwelche Makler abliefern. Die dritte Säule ist die sogenannte private Vorsorge, die von den Steuern abgezogen werden kann. Aber die können sich rentabel nur Sehrgut- bis Bestverdienende leisten. Für alle anderen, die einen Batzen auf die Seite legen wollen, fressen die Gebühren und die mickrigen Zinsen den Grossteil des möglichen Gewinns weg.

Im Unterschied zur AHV, die zum Beispiel Erziehungsgutschriften kennt, sind die Pensionskassen frauenfeindlich. Niedrige Löhne fallen raus. Und das betrifft vor allem Frauen beziehungsweise sogenannte Frauenbranchen. Aber nicht ausschliesslich. Die Hälfte aller, die 2017 pensioniert wurden, müssen mit weniger als 3600 Franken pro Monat über die Runden kommen. 10 Prozent der frisch Pensionierten müssen vom ersten Tag an Ergänzungsleistungen beantragen, weil sonst das Geld nicht zum Überleben reicht.

### AHV 13

Bitte hier unterschreiben: [rebrand.ly/ahv-initiative](https://rebrand.ly/ahv-initiative)

Das widerspricht dem Verfassungsauftrag. Und ist entwürdigend für alle, die ein Leben lang gearbeitet haben – erst noch in einem der reichsten Länder der Welt. Besonders problematisch ist die Rentensituation der Frauen: Sofern sie überhaupt eine Pensionskassenrente erhal-



ten, ist diese im Durchschnitt nur halb so hoch wie jene der Männer. Und ganz besonders prekär ist die Lage der Frauen in Tieflohnbranchen: sie erhalten von der Pensionskasse nur 500 bis 800 Franken. Die Zahlen im Detail: [rebrand.ly/frauen-renten](https://rebrand.ly/frauen-renten).

### MEHR FÜR ALLE

Um dem Verfassungsauftrag nachzukommen, haben die Gewerkschaften eine Initiative für eine 13. AHV-Rente lanciert. Trotz den Schwierigkeiten der Pandemiezeiten ist sie auf der Zielgeraden. Aber es braucht noch Unterschriften – beziehungsweise, die Unterschriftenbogen müssen ein-

geschickt werden. Damit sie beglaubigt werden können. Eine mit möglichst vielen Unterschriften eingereichte Initiative wird auch ein starkes Zeichen an die rechten Rentenfälle. Denn die sind wieder unterwegs. Zum Beispiel unlängst im Ständerat. Die rechten Herren wollen das Frauenrentenalter erhöhen und statt der auch schon mickrigen 700 Millionen Franken, die der Bundesrat zur Abmilderung der Frauenrentenkürzung vorsah, nur 440 Millionen Franken sprechen. Auch deswegen ist es wichtig, die AHV politisch zu stärken. Denn sie ist das wichtigste Sozialwerk der Schweiz – solide, preiswert und solidarisch finanziert.

**TAG DER ARBEIT: Unia-Chefin Vania Alleva (links) am 1. Mai 2019, zusammen mit SP-Co-Chefin Mattea Meyer. FOTO: UNIA**



Tag der Arbeit: Wird er dieses Jahr physisch oder digital?

# Raus zum 1. Mai, wenn immer möglich!

**Der Tag der Arbeit steht an. Die Gewerkschaften wollen zurück in den öffentlichen Raum. Doch der Weg dahin ist steinig.**

JOHANNES SUPE

Für Unia-Präsidentin Vania Alleva ist die Sache klar: «Wir werden alles daransetzen, dass der 1. Mai wieder physisch stattfindet. Es ist der Tag der Arbeitnehmenden, und es ist wichtig, dass wir für unsere Rechte zusammenstehen – ganz wortwörtlich.» Selbstverständlich stehe die Gesundheit an oberster Stelle, für jede Aktion werde es ausgefeilte Schutzkonzepte geben. «Innerhalb der behördlichen Regelungen gibt es weiterhin Möglichkeiten, für die Anliegen der Arbeitnehmenden auf die Strasse zu gehen. Und das wollen wir auch tun», sagt die Unia-Chefin in der work.

Die deutlichen Worte von Alleva fallen in eine unsichere Zeit für die Gewerkschaften. Selbst kurz vor dem 1. Mai ist in vielen Orten noch nicht sicher, wie genau der traditionelle Tag der Arbeit angegangen wird. Einig sind sich die meisten Verbände darin, dass sie zurück in den öffentlichen Raum wollen.

## KREATIVE AKTIONEN

Um das Ringen um den jetzigen 1. Mai besser zu verstehen, hilft ein Blick zurück auf den vergangenen. 2020 wurden auch die Gewerkschaften von der Geschwindigkeit der Pandemie und vom Lockdown getroffen. Matthias Preisser, der im Zentralsekretariat des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) arbeitet, erinnert sich: «Wir hatten bereits die Plakate, alles war auf einen regulären 1. Mai ausgerichtet. Dann kam der Lockdown. In knapp einem Monat mussten wir alles über den Haufen werfen.»

Was folgte, war für den SGB ungewohnt. Üblich ist, dass der 1. Mai von den Gewerkschaften vor Ort organisiert wird, teils auch von kantonalen Gewerkschaftsbünden. Der SGB hingegen hilft bei der Infrastruktur. Doch 2020 übernimmt die Zentrale den Lead: Anstelle der abgesagten Veranstaltungen wird eine digitale Sendung produziert. Tausende schalten sich am 1. Mai zu. Für den SGB ist es ein Erfolg. Dennoch weiss auch Mitorganisator Preisser, dass es nicht bei reinen Onlineveranstaltungen bleiben kann: «Es fehlt etwas. Für die Gewerkschaften ist es Tradition, sich an diesem Tag die Strasse zu neh-

men. Wir wollen an den Brennpunkten präsent sein.»

Ein Jahr später bleibt zwar die Pandemie bestehen, doch die Gewerkschaften sind besser gerüstet. Unia-Chefin Alleva sagt: «Wir wollen nicht, dass der diesjährige 1. Mai wieder nur virtuell im Netz abläuft.» Vom Normalfall sei man noch weit entfernt. Viel eher müssten kleinere und kreativere Aktionen ins Auge gefasst werden.

## MAXIMAL 15 PERSONEN ERLAUBT

So wird es zum Beispiel in Zürich sein. In vergangenen Jahren fanden hier die grössten Demonstrationen statt, oft mit weit über 10 000 Teilnehmenden. Doch am 13. April erklärt der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich (GBKZ) endgültig: Einen Umzug mit Schlusskundgebung wird es in diesem Jahr nicht geben.

GBKZ-Präsident Markus Bischoff erklärt: «Öffentliche Veranstaltungen mit mehr als 100 Personen sind in Zürich einfach nicht erlaubt». Und weiter: «Und da es unser eigenes Anliegen ist, den Gesundheitsschutz streng einzuhalten, konnten wir nicht länger an der Demonstration festhalten.» Stattdessen habe man nun fünf verschiedene kleinere Veranstaltungen organisiert. So wird etwa die Unia auf den Arbeitskampf der Schreinerinnen und Schreiner für einen neuen GAV aufmerksam machen, die Syndicom auf die Situation des Post-Personals, und der VPOD wird eine Kundgebung für einen starken Service public abhalten. Bischoff sagt: «Uns war es wichtig,

Orten stellen sich damit teils unüberwindbare Herausforderungen. So musste das 1.-Mai-Komitee von Interlaken die von ihm geplante Veranstaltung in einer Aula schliesslich absagen. Es teilte am 16. April mit: «Die geltenden Corona-Massnahmen für den Ver-

**«Wir wollen nicht, dass der diesjährige 1. Mai wieder nur virtuell im Netz abläuft»**

UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA

anstaltungsbereich lassen eine Feier in angemessenem Rahmen leider nicht zu.» Zuvor hatte man versucht, mit den Behörden eine Lösung zu finden – erfolglos.

Ähnliche Erfahrungen musste auch der Gewerkschaftsbund Thun machen. Sein Konzept für einen «1.-Mai-Markt» wurde rundweg abgelehnt. Zwar findet am Morgen bereits ein Wochenmarkt am von den Gewerkschaften favorisierten Platz statt. Doch der habe einen «kommerziellen Charakter» und könne entsprechend bewilligt werden, so die Behörden. Für einen politischen «Markt mit Veranstaltungscharakter» gelte das aber nicht. Zu Redaktionsschluss (am 21. April) liefen die Gespräche mit der Stadt noch.

## ABSCHLUSS AUF DEM BUNDESPLATZ

Auch Johannes Wartenweiler, Sekretär des städtischen und kantonalen Gewerkschaftsbunds von Bern, musste bereits erleben, wie hart die Ämter sein können. «Als wir 2020 zu fünf ein Plakat am Bundesplatz hochhalten wollten, kam sofort die Kantonspolizei», erinnert er sich. Die Beziehung zum Gemeinderat – so heisst in Bern die Stadtregierung – sei aber konstruktiv. Wartenweiler sagt: «Und wir sollten uns auch nicht in Spiegelfechtereien ergehen. Die Märkte haben ihre Bewilligungen, wir eben nicht. Rechthaberei bringt uns da nicht weiter.»

Und so hat der Gewerkschaftsbund in Bern in diesem Jahr umgeschwenkt. «Wir werden nicht wie früher bis zu 2000 Leute auf die Strasse bringen. Und wir wollen das derzeit auch nicht», so Wartenweiler. Stattdessen gibt es gut ein Dutzend kleinerer Stände über die Stadt verteilt – vom westlich gelegenen Bümpliz bis zum zentralen Helvetiaplatz. An einer Abschlussversammlung auf dem Bundesplatz werde schliesslich eine kleine Delegation der Parteien und Gewerkschaften teilnehmen. Wichtig sei, dass am 1. Mai wieder etwas stattfinde.

**1. MAI 2021**

Alle Veranstaltungen, ob online oder physisch, finden Sie auf **Seite 17**



wieder draussen zu sein. Beim 1. Mai geht es auch um den Zusammenhalt der Menschen, und da ist es wichtig, einander wieder begegnen zu können.»

Schwierig für die Gewerkschaften sind die sehr unterschiedlichen Regelungen, die in den jeweiligen Kantonen gelten. Während es in Baselland keine Limite für politische Veranstaltungen gibt, lässt das Tessin sie praktisch gar nicht zu. Im Kanton Bern dürfen hingegen höchstens 15 Personen an einer Kundgebung teilnehmen. Den Organisationen in kleineren



## LULA: DIE HOFFNUNG FÜR BRASILIEN

Im weissgetünchten Versammlungssaal der Metallarbeitergewerkschaft von São Bernardo do Campo, einem Industrievorort der Megalopolis São Paulo, gibt Luiz Inácio Lula da Silva eine Pressekonferenz. Es ist Mittwoch, der 17. März. Eine Woche zuvor hatte Richter Edson Fachin

**«Genosse, unser Volk wird niemals mehr akzeptieren, in Unterwerfung und Elend zurückzufallen.»**

vom Obersten Bundesgericht in der Hauptstadt Brasília sämtliche gegen ihn gefällten Urteile

wegen Mangels an Beweisen und «Willkür» annulliert. Lulas Bart und sein Kopfhair sind ergraut. Er ist mittlerweile 75 Jahre alt. Aber seine unglaubliche Vitalität, seine Energie, seine klare Sprache und sein analytischer Verstand sind so eindrucklich wie eh und je.

**BOLSONAROS GENOZID.** Er sagt: «Brasilien wird regiert von einem Präsidenten, der einen wahren Genozid betreibt. Auf der Schwelle der überlasteten Spitäler sterben die Menschen. 3000 Covid-Tote pro Tag.»

Trotzdem bezeichnete der rechtsextreme Präsident Jair Bolsonaro die Pandemie bisher lediglich als kleine Grippe und lehnte Impfungen ab. Mit seiner Politik hat er fast einen Drittel der 210 Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer in die extreme Armut zurückgestossen. Von 2003 bis 2011 war Lula Präsident Brasiliens. Seine Sozialprogramme verbesserten das Leben von vielen Millionen seiner Landsleute. Jetzt hungern sie wieder. Die Amtszeit der brasilianischen Präsidenten ist auf acht Jahre beschränkt. Aber nach weiteren vier Jahren können sie wieder kandidieren. Für die Wahlen von 2018 war Lula, der ehemalige Dreher aus der Volkswagenfabrik von São Bernardo, der aussichtsreichste Kandidat. Eine für die brasilianische Oligarchie unerträgliche Perspektive. 2017: Der Richter Sérgio Moro aus Curitiba lässt Lula wegen «Korruption» verhaften. Stichhaltige Beweise gab es nicht. Trotzdem wurde Lula zu neun, in einem zweiten Prozess sogar zu zwölf Jahren Kerker und der Aberkennung der politischen Rechte verurteilt. Damit war er von den Präsidentschaftswahlen ausgeschlossen. Der rechtsextreme Bolsonaro wurde gewählt... und er ernannte Moro zu seinem Justizminister.

**DIE RÜCKKEHR?** Im nächsten Jahr gibt es wieder Präsidentschaftswahlen. Bolsonaro rechnet offensichtlich mit dem Gegenkandidaten Lula. Nur Tage nach Lulas Auftritt tauschte er mehrere Minister aus, um seine Basis in der politischen Mitte zu verbreitern. Und er leugnete plötzlich die Corona-Katastrophe nicht mehr. Tritt Lula wirklich an? Er sagt: «Das hängt von der Koalition der progressiven Parteien und den Gewerkschaften unseres Landes ab.» Dabei dürfte nur er in der Lage sein, die Linke wieder zu vereinen. Absehbar ist bereits, dass ihm das gelingt: Einen Konkurrenten aus dem progressiven Lager wird er nicht haben. Seine Wiederwahl ist wahrscheinlich, und sie wäre unglaublich wichtig für alle demokratischen Kräfte, nicht nur in Lateinamerika.

Eine Erinnerung. Im Januar 2004 sass ich zusammen mit meiner Frau Erica im Präsidentenbüro in Brasília Lula und seiner Gattin Marisa gegenüber. Ich fragte: «Acht Jahre sind kurz. Was wird nach Ihnen aus Brasilien?» Lulas Antwort: «Genosse, unser Volk wird niemals mehr akzeptieren, in Unterwerfung und Elend zurückzufallen.»

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**



Das Leben ist schön,  
solange nichts passiert.

[suva.ch/regeln](https://suva.ch/regeln)

Deshalb gibt's die lebenswichtigen Regeln.

Halte dich an deine lebenswichtigen Regeln  
und sag bei Gefahr «Stopp»!

 Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS  
[www.ekas.ch](http://www.ekas.ch)

**suva**

Haarsträubende Zustände beim Päckliendienst DPD. Jetzt fordern hundert Promis in einem offenen Protestbrief vom CEO Schweiz:

# «Bitte Respekt, Herr Schultze!»



«Wenn DPD die Zustände nicht verbessert, muss die Politik eingreifen. Denn eins ist klar: von alleine ändert sich nichts.»

KIMBO, RAPPERIN



«Wir müssen den Druck auf den Bundesrat verstärken. Dieser muss der Regulierungsbehörde Postcom mehr Kompetenzen geben. Nur so kann sie endlich dafür sorgen, dass die Gesetze auch bei DPD eingehalten werden.»

PIERRE-YVES MAILLARD,  
SGB-PRÄSIDENT UND NATIONALRAT



«Es kann nicht sein, dass die Fahrerinnen und Fahrer einen grossen Teil ihrer Arbeit gratis machen müssen, nur damit sie nicht die Kündigung erhalten. Da müssen die Behörden viel genauer hinschauen.»

REGULA RYTZ,  
NATIONALRÄTIN GRÜNE



«Es grenzt an moderne Sklaverei, was da passiert. Der Mensch will immer alles billiger und billiger und merkt nicht, dass irgendein armer Cheib die Rechnung bezahlen muss.»

PEACH WEBER, KOMIKER



«Die Schilderungen der Fahrer im Unia-Report haben mich geschockt. Ich will nicht, dass die Leute, die uns das liefern, was wir so bequem bestellen, in Gefahr sind und unter Dauerstress stehen.»

ANNA ROSENWASSER, AKTIVISTIN UND  
EHEMALIGE GESCHÄFTSLEITERIN  
DER LESBENORGANISATION SCHWEIZ

FOTOS: ZVG (1) / KEYSTONE (4)

Der Unia-Report brachte den Skandal an den Tag:

## Gratisarbeit und illegale Lohnabzüge bei DPD

Das findet Komiker Peach Weber gar nicht lustig: «Moderne Sklaverei» sei es, was den Fahrerinnen und Fahrern im Auftrag von DPD zugemutet werde, sagt er. Nämlich: mehrere Stunden Gratisarbeit pro Tag, illegale Lohnabzüge und Drohungen, wenn sie sich wehren (work berichtete: [rebrand.ly/workdpd](https://rebrand.ly/workdpd)).

### DIE UNIA ENTHÜLLT

Es ist einer der grössten Skandale des Coronajahres in der Schweiz: Der Onlinehandel boomt, mit ihm auch das Geschäft der Päckliendienstleister. Doch die rund 800 Fahrerinnen und Fahrer im Auftrag von DPD leisten diese gigantische Mehrarbeit schlichtweg gratis.

Mit etwa 200 von ihnen hat die Unia in den letzten Monaten gesprochen. Was sie zu hören bekam, ist erschreckend. Roman Künzler, Unia-Branchenleiter Logistik, sagt: «Niemand von diesen Mitarbeitenden bekommt Ende Monat vom Chef eine Stundenabrechnung!» Obwohl das Erfassen der Arbeitszeit gesetzlich vorgesehen ist.

Die Gespräche hat die Unia in einem 35seitigen Report zusammengefasst ([rebrand.ly/dpd-report](https://rebrand.ly/dpd-report)). Er zeigt auf, wie DPD die Fahrerinnen und Fahrer nicht direkt anstellt, sondern via Subunternehmen. Und diese bezahlen mies. Auf sie schiebt DPD denn auch die ganze Verantwortung ab.

### SCHLAMPT DIE POSTCOM?

Jetzt haben hundert Promis aus der Schweiz die Nase voll: Zusammen mit der Unia haben sie einen offenen Protestbrief an DPD-Schweiz-Chef Tilman Schultze geschickt. Darunter auch Komiker Peach Weber. Sie fordern Schultze auf, den Mitarbeitenden mit mehr Respekt zu begegnen: «Gerne nutzen wir die Dienste von DPD, um Pakete nach Hause geliefert zu bekommen. Doch

wir wollen, dass die Kurierinnen und Kuriere für ihre Arbeit korrekt entlohnt und fair behandelt werden.»

### DIE FORDERUNGEN

- Jede Arbeitsstunde muss erfasst und bezahlt werden, geleistete Gratisarbeit muss nachbezahlt werden.
- DPD muss sich mit der Gewerkschaft Unia an den Verhandlungstisch setzen.

- Fahrerinnen und Fahrer müssen vor Drohungen und Kündigungen geschützt werden.

Einer der Unterzeichner, SGB-Chef und SP-Nationalrat Pierre-Yves Maillard, sieht einen Teil des Problems auch beim Versagen der Kontrollbehörde Postcom. Denn obwohl es schon 2017 Meldungen über Ungereimtheiten über DPD gab, finden sich in den Postcom-Jahresberichten keinerlei Hinweise auf eine Kontrolle. Geschweige denn auf eine Busse, wie sie die Post-

com laut Gesetz aussprechen dürfte. Maillard hat in der Frühlingssession des Nationalrates deshalb eine Interpellation mit dem schönen Namen «DPD. Diskrete Post Destruktion?» eingereicht und fordert Antworten vom Bundesrat.

CHRISTIAN EGG

### AUFRUF

Unterzeichnen auch Sie den Protestbrief an DPD: [rebrand.ly/briefdpd](https://rebrand.ly/briefdpd)



MEHR RESPEKT! DPD-Fahrerinnen und -Fahrer arbeiten gratis. Doch damit soll jetzt Schluss sein. FOTO: KEYSTONE



GELBWESTE: Geht Postministerin Simonetta Sommaruga auf Distanz zum Service public?

## Bundesrat will Postfinance privatisieren

# Erfüllt Sommaruga einen alten neo-liberalen Traum?

**Der Bundesrat will die Postfinance dem Finanzcasino zuführen. Hat er aus dem PTT-Fiasko denn nichts gelernt?**

CLEMENS STUDER

Die Postfinance hat 2,7 Millionen Kundinnen und Kunden. Für diese arbeiten 3660 Mitarbeitende. Sie ist finanziell kerngesund. Obwohl sie von der rechten politischen Mehrheit seit Jahren an die Kette gelegt wird. Das Pfand, mit dem die Rechten wuchern, ist das Kreditverbot. Die Postfinance darf derzeit direkt weder Hypotheken vergeben noch Gewerkekredite.

Das ist von den Rechten politisch so gewollt: Weil eine starke Bank im Besitz der Allgemeinheit die Geschäfte der Privaten schmälern könnte. Bisher galt hier so quasi ein Waffenstillstand zwischen den politischen Lagern. Das Desaster mit der Idee, die bis anhin gut funktionierende Post «an den Markt heranzuführen», hatte eine heilsame Wirkung. Denn seither wurden die Dienstleistungen schlechter, die Löhne niedriger und die Preise höher. Und dann kam der 20. Januar. Simonetta Sommaruga, ehemalige Konsumentenschützerin und heutige Bundesrätin (SP), tritt vor die Kamera und verkündet: Die Fesseln der Postfinance werden gelöst, aber im Gegenzug wird sie privatisiert. Also soll der jahrzehntelange Traum der neo-liberalen Service-public-Zerschlagung doch noch Wirklichkeit werden.

### NICHTS GELERNT

Ein Blick zurück: 1988 leitete die rechte Parlamentsmehrheit gemeinsam mit ein paar sich damals auf dem «dritten Weg» befindlichen SP-Mitgliedern die Aufteilung der PTT ein. Sie hatten es relativ einfach. Weil die PTT-Chefs den Puck nicht checkten, der von den technologischen Entwicklungen im Telekommunikationsbereich ausging. Die ärgerlichen und damals teuren Zwangsabos für technisch hinterwäldlerische Telefonapparate machten es den neo-liberalen Staatsbauern einfach, Stimmung für die Aufteilung aufzubauen.

Es war tatsächlich eine Erleichterung, als man nicht mehr vier Wochen warten musste, bis ein übergelauntes, die Wohnung inspizierender PTT-Mann sich erbarmte, einen Telefonanschluss zu legen

und/oder abzunehmen. Dass die PTT-Männer – wie es sich beim Fichenskandal gezeigt hatte – zu den fleissigeren Zuträgern des Spitzelstaates gehörten, trug auch bei den Linken nicht gerade dazu bei, die PTT zu verteidigen. Was im nachhinein wohl ein Fehler war.

Aber jetzt schreiben wir das Jahr 2021. Und wir sollten gelernt haben. Eine Postbank für alle, die allen gehört, wäre wahrer Service public. Mit gedeckelten Löhnen bei einer halben Million. Seriöse und faire Angebote für Lohnabhängige, KMU und Eigenheimwerbende. Wer dann immer noch zocken will, darf sich gerne an CS, UBS & Co. wenden. Dort dann einfach ohne implizite Staatsgarantie! Eine starke Postbank würde die Abwicklung der nötigen Geldgeschäfte der Mehrheit der Menschen sicherstellen. Langweilig womöglich, aber wichtig. Kein «big to fail» mehr. Und die Swisscom könnte bei Gelegenheit auch gleich wieder aus dem Börsencasino herausgeholt – und die Kaderlöhne auf anständige Dimensionen gebracht werden.

Eine so aufgestellte «neue PTT» könnte dann auch den SBB als Vorbild dienen. Die unter der Ägide von Ex-CEO Andreas Meyer vor allem durch Lohnexzesse des obersten Kadern auffielen, durch den Abbau von Dienstleistungen, durch ein aufgeblähtes Management, durch verlotternde Infrastruktur und durch die Beschaffung von Schrottzügen. Dies bei gleichzeitigem Druck auf die Arbeitsbedingungen von all jenen, die den realen Betrieb am Laufen halten Tag für Tag. Im Gegensatz etwa zu Verwaltungsratspräsidentin Monika Ribar (rund 300 000 Franken für ein 60-Prozent-Pensum), die sich an ihrem Wohnort am Bahnhof einen Mobility-Parkplatz schnappte, damit sie ihren Maserati Quattroporte (400 PS, 20 Liter auf 100 Kilometer im Stadtverkehr) parkieren konnte. Die Distanz von ihrer Nobelresidenz in Rüschlikon ZH zum Bahnhof beträgt 900 Meter, zu Fuss wären das schlendernd knappe 10 Minuten. Also das, was Zugbegleitende mal locker zwischen Zürich und Lenzburg AG durch die Waggonen ablaufen. Nicht schlendernd, sondern arbeitend.

Bald wird Ex-SP-Chef und Gewerkschafter Christian Levrat Postpräsident. Er folgt auf jahrzehntelangen CVP-Filz, der dem Neo-liberalismus und Service-public-Abbau nie abhold war. Es ist zu hoffen, dass Levrat gegen neue Privatisierungspläne energisch antritt oder sie subtil verhindert. Das wäre gut für die Konsumentinnen und Konsumenten – und vor allem auch für die Post-Mitarbeitenden.

Wozu braucht es noch Netflix-Serien? Die Credit Suisse liefert besseren Stoff.

# Mit Caracho ins nächste Desaster

**Wahnwitzige Geschäfte mit irren Finanzjongleuren, Milliardenverluste, Köpferollen: Ist der neueste Credit-Suisse-Krimi das Startsignal zur nächsten Finanzkrise?**

OLIVER FAHRNI

In der neuesten Paradeplatz-Episode sind die Hauptfiguren ein vorbestrafter Hedge-Funds-Manager und ein wild gewordener australischer Bauer. Beiden hat die Credit Suisse (CS) Milliardenkredite nachgeworfen. Das Risiko war hoch, aber schneller Extraprofit lockte. Beide stürzten ab. Einblicke in den Maschinenraum des Finanzkapitalismus, 13 Jahre nach der grossen Finanzkrise.

### WAS GESCHAH BISHER?

2021 sollte es bei der Credit Suisse Rekordgewinne und Boni regnen, nach zehn Jahren Affären und Debakel (US-Hypotheken, Wirecard, Hedge-Funds York Capital, Überwachungsaffäre, usw.). Und nach Milliardenbussen in den USA. So sprachen CEO Thomas Gottstein und der nun abtretende VR-Präsident Urs Rohner noch vor wenigen Wochen. Dann brachen kurz nacheinander zwei Geschäftspartner der CS zusammen, der Hedge-Fund Archegos und die Fintech-Firma Greensill. Problem: Die CS war in beiden Finanzvehikeln nicht nur mit besonders hohen Krediten engagiert, sie hat teilweise auch deren Geschäfte organisiert. Darauf wurden die Risikochefin und der Chef der Investmentbank in der CS (plus ein paar weitere Kader) gefeuert.

Ende April muss die Bank die Schleier über ihren Verlusten lüften. work schätzt: Es dürften 6 bis 8 Milliarden Franken sein.

### WAS WAR ARCHEGOS?

So hiess ein Hedge-Fund des US-Spekulanten Bill «Tiger» Hwang. Hedge-Funds sind die Strassenräuber des Finanzkapitalismus. Mit möglichst wenig eigenem Geld, aber hoher Hebelwirkung organisieren sie zum Beispiel die Plünderung von Unternehmen, wetten auf Rohwarentermingeschäfte und seltsame Wertpapierderivate und manipulieren Devisenmärkte. Seinen Hedge-Fund deklarierte Bill Hwang als «family office», als private Vermögensverwaltung. Das entzog ihm dem Blick der Finanzaufsicht. Hwang hatte schon 2012 einen Hedge-Fund in den Sand gesetzt und ist wegen Insiderhandels vorbestraft. Das kratzte die CS nicht. Sie diente sich dem Spekulanten als «Prime Broker» an, als Brücke zum Markt und schützender Paravent.

Hwang bezahlte gut. Das Risiko bestand im sechs- bis siebenfachen Hebel, den die CS zuließ: Mit 15 Dollar konnte

Hwang Wetten über 100 Dollar abschliessen. Als ruchbar wurde, dass er sich verzockt hatte, zogen sich die US-Banken blitzartig zurück. Goldman Sachs soll dabei sogar noch Geld verdient haben. Die CS handelte spät und verlor sofort über 4 Milliarden Franken.

### WER IST GREENSILL?

Alexander «Lex» Greensill posiert gerne als Bauer. Am liebsten an den Hebeln eines Traktors auf den 3200 Hektaren grossen Ländereien seines Familienclans in Australien. Hier sei seine Geschäftsidee entstanden, plaudert er und flunkerte als Fintech-Guru von «Demokratisierung des Kapitals». Dafür hat ihn die britische Monarchie zum Ritter geschlagen, der frühere konservative Premier David Cameron war sein eifrigster Lobbyist. Er habe schon 150 Milliar-

### Wahnsinn: Boni-Bonanza

So verbrennt die CS Geld: Seit 2011 hat die Grossbank an die obersten 2 Prozent ihrer Belegschaft 14 Milliarden Franken ausbezahlt. Das ist fast doppelt so viel wie der kumulierte Gewinn derselben Periode (8,1 Milliarden). Die rund 1000 vergoldeten Bankerinnen und Banker arbeiten in der Investmentbank, also ausgerechnet in jener Abteilung, die immer wieder katastrophale Verluste und extreme Risiken produziert. Bankintern heissen sie die «Risk-Taker» (Risikonehmer). Absurd, denn sie riskieren allenfalls das Geld der Kundschaft.



BAUERNSCHLAU: Der australische Farmerssohn Alex Greensill bilies ein einfaches Geschäftsmodell zur Finanz-Maschine auf. Die Credit Suisse frass ihm aus der Hand – und als das Flasko ruchbar wurde, war sie nicht schnell genug vom Acker. FOTO: THELAND.COM.AU.

den Dollar umgesetzt, lässt Greensill wissen. Womit? In Wahrheit mit einer Idee aus dem alten Mesopotamien. Wenn einer Waren produziert und geliefert hat, dauert es oft lange, bis die Rechnung bezahlt wird. Hier springt Greensill ein, bezahlt sofort, aber mit einem Abschlag – und übernimmt die Forderung. Dieser Abschlag macht den Profit. «Lieferketten-Finanzierung» heisst das.

Die CS übernahm die Finanzierung. Von mehr als 1000 betuchten Kundinnen und Kunden, aber auch von Pensionkassen und Gemeinden liess die CS vier Greensill-Fonds füllen. Sie waren seine Kasse. Nur: Die Margen aus den Abschlägen waren dem Privatjet-Landwirt zu gering. Also verwursteerte er die Schuldverschreibungen immer wieder neu zu Derivaten, die gehandelt werden konnten. Riskant. Zudem nutzte er die CS-Fonds als heimliche Bank. Greensill finanzierte mit dem Geld den Stahlkoher Sanjeev Gupta. Dieser kaufte sich in der ganzen Welt ein Stahlimperium zusammen. Noch riskanter war es, in die Derivate «Luftbuchungen» einzubauen, also Deals, die gar nie stattgefunden hatten. Als schliesslich auch die Versicherungen der Fonds ausstiegen, brach das Kartenhaus zusammen.

### HAT DIE CS DAS SCHLIMMSTE HINTER SICH?

Kaum. Was da an Verlusten zusammenkommt, wies derzeit niemand. Nachdem die CS schon ein Loch von 4,4 Milliarden Franken aus der Archegos-Pleite eingestanden hatte, musste sie über Ostern in

Notverkäufen weitere Aktienpakete abtoss. Dabei verlor die Grossbank noch mehr Geld.

Wie teuer Greensill wird, zeigt sich in den kommenden Wochen. Manche der Fonds-Kunden finden, die CS habe sie zu entschädigen. Um etwa 4,5 Milliarden Dollar könnte Streit entstehen, genährt unter anderem durch eine Recherche der britischen Wirtschaftszeitung «Financial Times»: Offenbar waren manche Gupta-Deals, die den Greensill-Fonds teilweise zugrunde lagen, fiktiv. Im Klartext: Betrug. Selbst wenn Greensill die CS getauscht haben sollte, wird die Bank ihrer reichen Kundschaft entgehenkommen. Schon allein, um weiteres juristisches Ungemach abzuwenden. Bereits hat der US-Senat von der CS Aufklärung in der Sache Archegos verlangt.

Doch vielleicht liegt das grösste Problem anderswo. Die Bargesprache unter Bankern drehen dieser Tage um die Frage, ob in der CS oder in anderen Banken weitere Zeitbomben ticken. Ein Genfer Finanzanalyst sagt es so: «Noch so ein Riesensums, und wir haben einen internationalen Finanzsturm.» Doch viele Banken fahren volles Risiko. Motto: Der letzte löschte das Licht. Sogar die bankenfreundliche NZZ titelte konsterniert: «Mehr Risiken in den Portfolios denn je.»

### WO KOMMT DAS VIELE GELD HER?

Perverse Situation: Viele Menschen und KMU wissen nicht, wie sie in Covid-Zeiten über die Runden

kommen sollen. Jamie Dimon aber, der Boss der US-Bank JP Morgan, bat kürzlich die Grosskonzerne, doch bitte ihren Cash abzugeben. Dimon möchte die Einlagen auf 200 000 Millionen Dollar begrenzen. Denn seine Bank ertrinkt im Geld wie fast alle grossen Finanzkonzerne. Es stammt zum Teil aus den Rekordprofiten der letzten Jahre. Vor allem aber kommt das Geld von den Zentralbanken und Regierungen, die in der Krise, die lange vor Covid begann, Banken und Wirtschaft mit Billiggeld fluteten. So ist die Bilanz der US-Bundesbank FED heute neunmal höher als 2008. Theoretisch ist das nicht falsch. Es sollte die

### Die Blase wächst und wächst. Doch viele Banken fahren weiter volles Risiko.

Banken dazu anregen, die Wirtschaft mit frischem Kredit anzukurbeln. Doch im neo-liberalen Kapitalismus investieren Aktionäre kaum noch in die materielle Ökonomie. Die Lohnquote sinkt (und damit die Kaufkraft), die Verschuldung der Haushalte steigt. Die Profite wachsen, und die Gewinnsteuern sind gering wie nie. Also treiben, mitten in einer multiplen Wirtschaftskrise, ungeheure Summen das Finanzcasino an. Es zockt so wild wie nie.

### KOMMT JETZT DIE NÄCHSTE FINANZKRISE?

Eigentlich ist das die falsche Frage, findet der Zürcher Finanzprofessor Marc Chesney. Er sieht in der

gegenwärtigen Blase «eine weitere Episode der Dauerkrise». Derzeit stehen alle Indikatoren auf Rot, etwa das Verhältnis von Gewinnen zu den Börsenkursen. Die Finanzmärkte haben sich vom realen Geschehen der Wirtschaft noch mehr abgekoppelt. Inzwischen nehmen sogar zahllose Normalverdienende Kredite auf, um mitzuzocken.

Heute rüsten sich Zentralbanken und Regierungen für den grossen Crash. Etwa für Banken-zusammenbrüche am Ende der Covid-Massnahmen, wenn viele Firmenkredite ausfallen könnten. Oder für extreme Turbulenzen, sollten die Zinsen schnell ansteigen.

Doch genau besehen, sind die Krisenretterinnen und -retter seit 2008 im Dauerstress: Quasi täglich wenden sie mit neuen Techniken, Finanzinstrumenten und koordinierten Massnahmen den Totalcrash ab. Es ist eine rasende Flucht nach vorn geworden. Denn diese Krise ist längst systemisch: sozial, wirtschaftlich, ökologisch.

### WAS GESCHIEHT MIT DER CS?

Alles bald wieder im Lot, meldet derweil die CS: Die Auftragsarbeiten seien im Gange. «Ohne Tabus», versichert CEO Gottstein. Es werden noch diverse Köpfe rollen, die Abteilungen der Bank werden neu aufgestellt, vielleicht wird die Investmentbank (17 500 Beschäftigte) ausgegliedert, und natürlich wird es eine Menge heiliger Versprechen von CS-Sprechern geben. Alles wie gehabt. Nur: Kein einzi-

### Stiftungsräte: Augen auf!

Heute weiss auch die Finanzmarktaufsicht (Finma) nicht, wie viel Kapital die Pensionskassen durch die Flops der Credit Suisse mittlerweile verloren haben. Auf die Informationen der Banken können sich die Kolleginnen und Kollegen in den Stiftungsräten von Pensionskassen ohnehin nie verlassen. Mehr denn je gilt: Augen auf. Transparenz durchsetzen. Vor allem aber machen Geldschwemme und Minuszinsen deutlich: Das PK-Geld muss endlich in den sozialen und ökologischen Umbau fliessen. (oif)

ger Gesprächspartner von work in der Bankenwelt glaubt, dass es die CS in einem Jahr noch so gibt, wie sie vor Archegos und Greensill war. Einige denken, die Grossbank, die schon lange im Besitz von internationalen Fonds ist, werde nun filetiert. Vor allem das dicke CS-Kundenbuch der Superreichen lockt. Blackrock, der weltgrösste Anlagefonds (mit Ex-Nationalbankchef Philipp Hildebrand als Vize) würde sich gerne das Asset-Management der CS schnappen. Und nicht nur er.

Diverse Drahtzieher aus Finanz und Politik arbeiten heimlich an einer anderen Lösung, die unter der Hand schon lange kursiert: die Fusion von UBS und CS zur Monsterbank. Grüezi Klumpenrisiko!

«Globaler Geldwäscherei-Skandal:  
Schweizer Banken geben sich bedeckt» «Watson»

«Credit Suisse: Von einer Krise zur nächsten» «Financial Times»

«Handstreichartige Rettung der UBS» «WOZ»

## Gegen solche Schlagzeilen braucht es die Mikrosteuer!

Bankenskandale und Finanzkrisen haben eines gezeigt: das Volk haftet im Ernstfall. Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren – das geht nicht.

Die Mikrosteuer ist eine faire Steuer. Die Finanzindustrie trägt heute zu wenig zu den Steuern bei, obwohl gerade sie hohe Gewinne erzielt.

Franco Cavalli Marc Chesney Dick Marty Oswald Sigg Jean Ziegler

Jetzt unterschreiben auf [mikrosteuer.ch](http://mikrosteuer.ch)

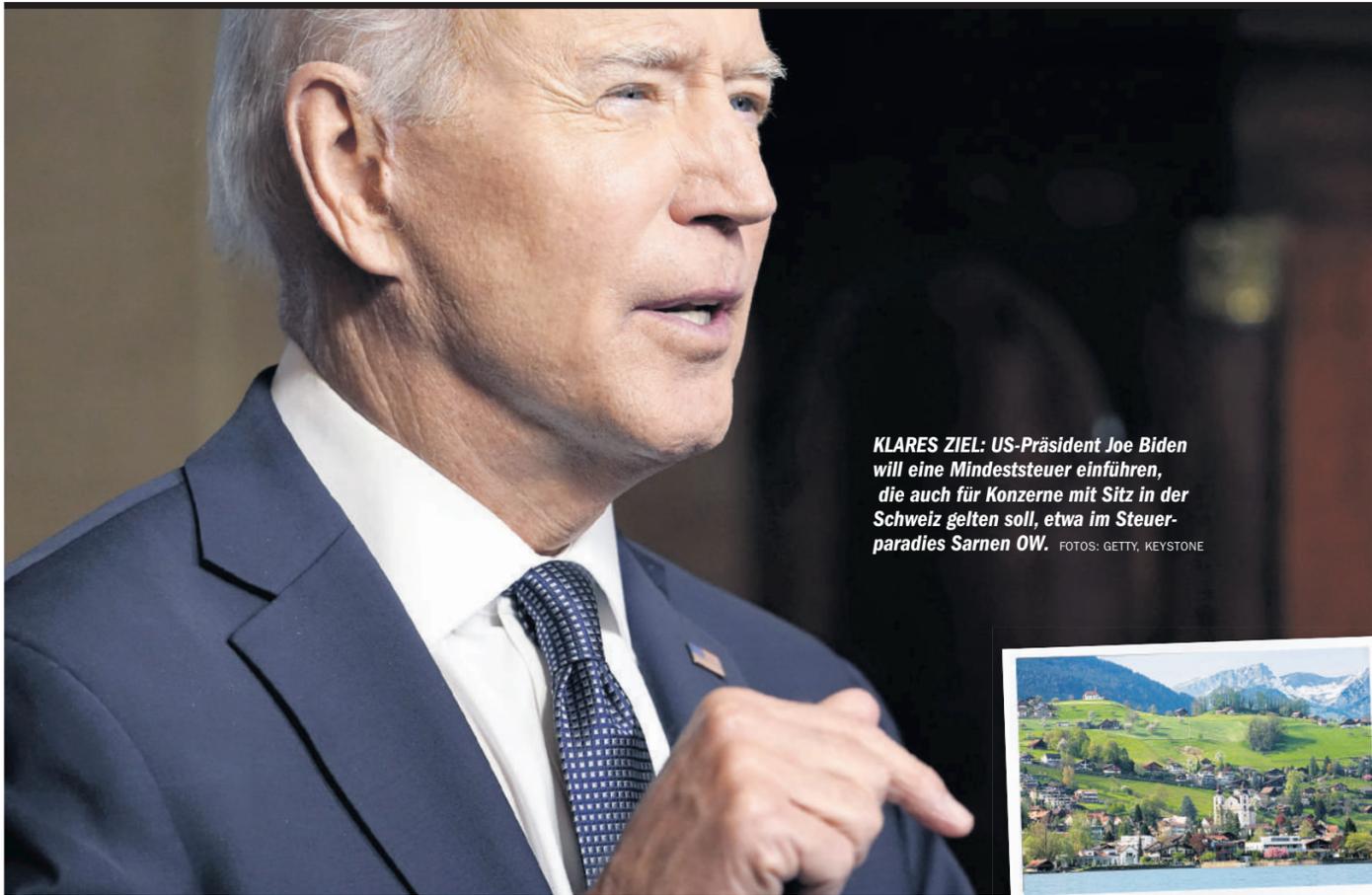


# Auch gerne mal mit Tieren gegen rechte Rindviecher.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit  
für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) +++



**KLARES ZIEL: US-Präsident Joe Biden will eine Mindeststeuer einführen, die auch für Konzerne mit Sitz in der Schweiz gelten soll, etwa im Steuerparadies Sarnen OW.** FOTOS: GETTY, KEYSTONE

# US-Präsident zwingt Konzerne weltweit zur Kasse

## Fällt Biden das Schweizer Steuerdumping-System?

**US-Präsident Joe Biden strebt eine globale Mindeststeuer für Unternehmen an. Das macht SVP-Finanzminister Ueli Maurer ziemlich nervös.**

RALPH HUG

Amerika zerfällt: Brücken bröckeln, der Strom in Texas fällt aus, Wasserversorgungen funktionieren kaum noch. Im Mutterland des Turbokapitalismus ist vieles faul. Das soll sich jetzt ändern. Der neue Präsident Joe

**Bidens Plan erinnert an das Schicksal des Bankgeheimnisses.**

Biden hat ein Paket von 2,3 Billionen Dollar vorgestellt. Damit will er die Renovation der Vereinigten Staaten anpacken. Die Infrastruktur soll wieder in Schuss kommen.

Doch dazu muss er die Steuern erhöhen. Erstmals seit der Ära Reagan in den 1980er Jahren. Das wäre eine kleine Revolution. Denn zahlen sollen nicht wir alle, sondern die Konzerne. Diese haben massiv profitiert: Vorgänger Donald Trump hatte die Gewinnsteuer für US-Unternehmen von 35 auf 21 Prozent herabgesetzt. Biden will sie wieder auf 28 Prozent erhöhen. Gleichzeitig soll es

aber für US-Firmen keine Nachteile im internationalen Wettbewerb geben. Daher muss Finanzministerin Janet Yellen die reichen Länder der G20 von einer Mindest-Gewinnsteuer von 21 Prozent überzeugen.

**PARASITEN-GESCHÄFTSMODELL**

Bei SVP-Finanzminister und Steuer-senker Ueli Maurer schrillen die Alarmglocken. Solche Pläne laufen seiner Politik diametral zuwider. Und die heisst seit je: noch mehr Steuergeschenke für Unternehmen. Auch die Kantone unterbieten sich in einem fatalen Steuerwettbewerb nach unten. Der durchschnittliche Gewinnsteuersatz liegt heute gemäss dem Swiss Tax Report noch bei 15,1 Prozent. Die tiefsten Sätze gehen sogar bis auf 11 Prozent runter, insbesondere in der Innerschweiz. Mit diesem parasitären Geschäftsmodell zieht die Schweiz seit Jahren internationale Konzerne an und macht sich so zur globalen Komplizin für die Steuerflucht der Wirtschaft. Laut einer neuen Rangliste der Nichtregierungsorganisation Tax Justice Network ist die Schweiz das fünftgrösste Unternehmens-Steuerschlupfloch der Welt (work berichtete: [rebrand.ly/versteckts](https://rebrand.ly/versteckts)). Bidens Plan weckt Erinnerungen an

das Schicksal des Bankgeheimnisses. Dieses fiel 2009 aufgrund des internationalen Drucks. Zähneknirschend mussten die Schweizer Banken den Standard der OECD in Sachen Steuertransparenz und Informationsaustausch übernehmen. Wiederholt sich die Geschichte jetzt beim Steuerdumping für Konzerne? Das hängt davon ab, ob Joe Biden mit seinen Plänen durchkommt. Und was die Schweiz tut. Klar ist: Wenn jemand auf dieser Welt eine globale Mindestgewinnsteuer durchsetzen kann, dann ist es der US-Präsident.

**GEWINN OHNE STEUERN**

Seine Chancen sind intakt. Demokrat Biden hat eine hauchdünne Mehrheit in Kongress und Senat. Und nach Trump hat der Wind im Land gedreht. Denn es kommt bei vielen US-Amerikanerinnen und -Amerikanern gar nicht gut an, dass 55 grosse US-Konzerne letztes Jahr trotz Pandemie gesamthaft 40 Milliarden Dollar Gewinn eingesackt haben, ohne dem Fiskus einen Cent Steuern abzuliefern. Darunter Amazon mit dem reichsten Mann der Welt, Jeff Bezos. Dies ergab eine Studie des Institute on Taxation and Economic Policy. Möglich machen

dies die Tricksereien, die von hochbezahlten Anwälten, Wirtschaftsberaterinnen und Treuhändern ausgeheckt werden.

Mit der globalen Mindeststeuer will Biden das Geld wieder ins Land holen, das Multis wie Apple, Google oder Facebook durch Gewinnverschiebungen in Steuerparadiese wie die Schweiz dem Staat vorenthalten. Statt in den Taschen von Managern und Aktionärinnen zu landen, soll es wieder fürs Gemeinwohl zur Verfügung stehen. Biden ist optimistisch: «Wir kriegen das hin», meinte er kürzlich in einer Rede. Die Republikaner wollen das verhindern.

Womöglich kippt Biden grad auch noch die letzte Schweizer Steuerreform, die das Volk 2019 gutgeheissen hat. Die STAF-Vorlage brachte die Abschaffung von unzulässigen Steuerprivilegien für internationale Konzerne. Im Gegenzug sinken in den Kantonen die Unternehmenssteuern. Dafür erhält die AHV einen jährlichen Zuschuss von zwei Milliarden. Gelingt Biden der globale Durchbruch mit einem Mindeststeuersatz, schlägt er in der Schweiz gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: kein Steuerdumping mehr und trotzdem mehr Geld für die AHV. Bravo, Joe!

## Doch keine Gewerkschaft bei Onlinemulti Amazon in Bessemer (USA)

# Amazons Angstmacherei hat gewirkt

**Erstmals versuchte eine US-Gewerkschaft, bei Amazon Fuss zu fassen. Leider noch ohne Erfolg.**

RALPH HUG

Es war ein Votum der Angst. 738 Angestellte sagten Ja, doch 1798 sagten Nein. Damit ist der Versuch der Handelsgewerkschaft RWDSU gescheitert, erstmals beim weltgrössten Onlinemulti Amazon Fuss zu fassen. Konzernchef Jeff Bezos, der reichste Mann der Welt, geht als Sieger vom Platz. Zumindest für den Moment. Die halbe Welt hatte auf Bessemer

(Alabama) geblickt, wo Amazon ein grosses Verteilzentrum unterhält. Dort entwürdigt der Milliardenkonzern die meist afroamerikanischen Mitarbeitenden zu reinen Robotern. Zehn-Stunden-Schichten und ausgeklügelte Überwachungsmethoden sind normal. Wer PINKELPAUSE macht, muss Nachteile befürchten.

Mit üblen Tricks und Lügen hatte Amazon versucht, die Mitarbeitenden einzuschüchtern. So erhielten sie wochenlang Mails mit anti-gewerkschaftlichen Inhalten oder mussten zu Meetings antraben, wo Manager die Gewerkschaften als bei-

tragshungrige Apparate bezeichneten (work berichtete: [rebrand.ly/amazon-system](https://rebrand.ly/amazon-system)).

**DEBATTE.** Die Niederlage in Bessemer hat weit über die USA hinaus Debatten über die richtige Strategie in Fragen der gewerkschaftlichen Organisierung ausgelöst. Erfahrene Kritikerinnen wie Jane McAlevey werfen der RWDSU Fehler vor. Sie habe von oben herab statt von unten gemeinsam mit den Betroffenen gehandelt. Angesichts der Totalüberwachung sei es verfehlt gewesen, die Leute nur vor dem

Betrieb anzusprechen. Viel mehr hätte man sie zu Hause aufsuchen müssen, so McAlevey. Auch kritisiert sie falsche Botschaften. Statt «Die Gewerkschaft ist an deiner Seite» hätte es heissen müssen: «Wenn ihr zusammensteht, könnt ihr gewinnen».

Wer nun aber meint, die US-Arbeiterbewegung sei tot, wird gerade in Alabama eines Besseren belehrt. Seit Anfang April streiken tausend Kohlearbeiter für bessere Löhne und mehr Gesundheitsschutz.



## Spanien

# Yolanda Diaz macht Dampf

Corona hat Spanien sehr stark getroffen: Gegen 80000 Tote, Hunderttausende Arbeitslose mehr, zwölf Prozent weniger Wirtschaftsleistung. Jetzt sinkt die Zahl der Ansteckungen endlich, und die Impfkampagne läuft. Aber wird sich das Land auch wieder erholen? Ein starker Anstich kommt von der EU her, in Form eines 1,3 Bil-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

lionen Euro schweren «Marshall»-Plans. Spanien erhält davon 140 Milliarden Euro, 72 Milliarden für Direktinvestitionen. Die linke Regierung plant ein eindrückliches Investitionspaket: 13 Milliarden für Dutzende konkreter Projekte im Bereich nachhaltiger Verkehr; 7 Milliarden

**Linke Regierung plant starkes Investitionspaket.**

für ökologische Gebäudesanierungen; 5 Milliarden für mehr Energieeffizienz; 7 Milliarden für digitale und berufliche Qualifizierung; 8 Milliarden für die Industrie- und KMU-Förderung; 6 Milliarden für arbeitsmarktliche Massnahmen usw.

Die Investitionen sollen noch dieses Jahr oder nächstes Jahr starten und einen starken Impuls zur Überwindung der Krise geben. Jetzt hängt vieles davon ab, ob die Regierung diese auf den Boden bringt.

**HYPERPREKÄR.** Eine starke Playerin in der spanischen Koalitionsregierung ist Yolanda Diaz. Aus einer Arbeiterfamilie in Galicien stammend, wurde sie Gewerkschaftsanwältin und dann linke Politikerin. Seit 2020 ist sie Arbeitsministerin und jetzt auch Vizepräsidentin der PSOE/Podemos-Regierung. Als solche sagte sie kürzlich: «Corona hat ans Tageslicht gebracht, wie schwach der Schutz der Arbeitenden bei uns ist.» Die Arbeitsverträge vieler Spanierinnen und Spanier seien «hyperprekär». Deshalb brauche es jetzt dringend Reformen.

**VORWÄRTS.** Diaz macht Dampf: Sie hat die Unterzeichnung der Konvention 189 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingeleitet. Diese garantiert den Hausangestellten die vollen Rechte als Arbeitnehmende. 600000 von ihnen bekämen damit erstmals Anrecht auf Arbeitslosengeld. Zusammen mit den Gewerkschaften hat Diaz zudem ein Gesetz durchgebracht, gemäss dem die Plattformarbeitenden in der Nahrungsmittelauslieferung (Fahrerinnen und Fahrer von Uber Eats usw.) den anderen Arbeitnehmenden gleichgestellt werden. Spanien ist das erste Land der EU mit einem solchen Gesetz. Spanien macht vorwärts.

**UNIA online**



**Petition GAV Schreinerbranche**

Die Schreinerinnen und Schreiner stehen ohne GAV da. Dies, obwohl sich die Verhandlungsdelegationen bereits 2020 geeinigt hatten, den GAV zu erneuern und eine Frühpensionierung einzuführen. Unterschreib die Petition für einen starken GAV. [www.unia.ch/petition-schreiner](https://www.unia.ch/petition-schreiner)

## Geschichts-Doku 150 Jahre Commune

Wer heute von «Kommunen» spricht, meint meist die WGs experimentierfreudiger Freaks. Jedoch weit über die eigenen vier Wände hinaus ging die Mutter aller Kommunen: «La Commune de Paris» von 1871. Sie war die revolutionäre Antwort auf den sinnlosen Deutsch-Französischen Krieg. Und sie war der weltweit erste Versuch, ein radikaldemokratisch-sozialistisches Gemeinwesen aufzubauen. In der Tat erreichte das Pariser Proletariat Bahnbrechendes und schuf in kürzester Zeit eine völlig neuartige Gesellschaftsordnung. Andere Städte folgten dem Beispiel. Bis die Konterrevolution mit Massakern begann und ganze Quartiere in Schutt und Asche legte. 150 Jahre später erinnert eine originell illustrierte Arte-Doku an diese einzigartige Aufbruchphase.

**Die Verdammten der Pariser Kommune**, Frankreich 2019, 88 Minuten, online unter: [rebrand.ly/commune](https://rebrand.ly/commune).

## Reiseliteratur Rebellisches Italien

Nicht mehr lange, und wir können – hoffentlich – wieder verreisen, ins schöne Italien etwa! Wo sonst lässt sich's besser den Gaumenfreuden und dem Dolcefar niente frönen? Doch der Stiefel lockt bekanntlich auch mit politisch-kulturellen Schätzen. Unzählige Bücher erzählen von den Partisanen in den Bergen, den Aufständen auf dem Land, den Streiks in den Fabriken, Minen und Häfen. Nun hat [links-lesen.de](https://rebrand.ly/italienbuecher) eine hilfreiche Italienkarte erstellt. Auf ihr sind die bedeutendsten Romane und Sachbücher zu den historischen und neuen sozialen Bewegungen eingezeichnet. Mit wenigen Klicks findet sich Lesestoff für jede Destination.

**Literarische Italienkarte** online unter: [rebrand.ly/italienbuecher](https://rebrand.ly/italienbuecher).

## Grosses Kino Jesus als Gewerkschafter

Schon Pier Paolo Pasolini und Mel Gibson diente das süditalienische Städtchen Matera als Kulisse für ihre Jesus-Filme. Nun hat Milo Rau nachgelegt. Und wie! Der Berner Filmemacher inszeniert das Leiden und Sterben von Jesus mit lokalen Laiendar-



FOTO: DAS NEUE EVANGELIUM

stellern. Zugleich zeigt er das Elend der dortigen Landarbeiterschaft – zu meist Geflüchtete aus Afrika. Sie spielen die Jünger Christi. Jesus selbst verkörpert der Kameruner Yvan Sagnet. Der heutige Gewerkschaftssekretär chrampfte früher selbst auf den Tomatenplantagen; 2011 organisierte er den ersten migrantischen Erntearbeiterstreik Italiens. Und auch im «Neuen Evangelium» geht's wieder zur Sache. Mal ganz real, mal bloss inszeniert, immer aber berührend und erschütternd. Eine aussergewöhnliche cineastische Leistung – ausgezeichnet mit dem Schweizer Filmpreis für den besten Dokumentarfilm.

**Das neue Evangelium**, von Milo Rau, Schweiz 2020, 107 Minuten, für 17 Franken online unter: [rebrand.ly/jesufilm](https://rebrand.ly/jesufilm).

# «Working Class»: Eindrückliches Buch über neue Schichten von Arbeitnehmenden Aus dem Proletariat wird das Prekariat

**Keine Festanstellung, unsicheres Gehalt, kein Schutz im Krankheitsfall: Die Situation vieler Lohnabhängiger in Deutschland ist dramatisch.**

JOHANNES SUPE

Gut ausgebildet und schlecht bezahlt sind sie beide, sowohl Alexandra als auch Richard (beide Anfang 40). Das Ehepaar, das in einer deutschen Kleinstadt lebt, arbeitet für Musikschulen, gibt zudem private Musikstunden. Beide haben ein Studium absolviert, gehen ihrer Arbeit mit Begeisterung nach. Und müssen sich trotzdem abstrampeln, um überhaupt auf je 1600 Euro Lohn zu kommen.

«1300 Euro zahlen sie im Monat für Zinsen, Tilgung, Strom, Wasser und die Ölheizung. Zum Glück ist lange nichts kaputtgegangen. Zum Glück liess die Bank mit sich reden, als Richard krank war und sie die Rate nicht zahlen konnten. Zum Glück fiel ihre Ölheizung unter den Bestandsschutz für Altbewohner und muss trotz Klimabedenken nicht ausgetauscht werden. Und wenn die Glückssträhne reist? «Müssen wir noch mehr arbeiten», hatte Alexandra am Telefon gesagt. «Was sollen wir machen?»

### NUR NOCH KLEINE TRÄUME

Die Passage stammt aus dem neuen Buch «Working Class». Darin folgt Autorin Julia Friedrichs Menschen wie Alexandra und Richard. Oder dem U-Bahn-Reiniger Sait. Und lässt Marktforscher Christian zu Wort kommen, dessen Firma ihn fast in den Tod getrieben hätte. Entstanden ist so ein detailliertes Bild des grösseren werdenden Anteils der Arbeitnehmenden in Deutschland, deren Existenz an befristeten Arbeitsverträgen oder unzuverlässig gezahlten Honoraren hängt.

Autorin Friedrichs geht einem Bruch in Deutschland nach oder, wie sie es schreibt, den «vielen kleinen Rissen». Noch bis in die 1980er Jahre konnten weite Teile der Bevölkerung einen sozialen Aufstieg erleben. Auch ungelernete Tätigkeiten seien vergleichsweise gut bezahlt worden, viele hätten bescheidene Rücklagen bilden können. Doch diese Zeit sei



**MISSTÖNE: Selbst gut ausgebildete Musiklehrerinnen und -lehrer kommen in Deutschland kaum über die Runden, obwohl sie fast pausenlos unterrichten. Ein Kind im Saxophon-Unterricht.** FOTO: KEYSTONE

vorbei, so Friedrichs. «Sich Wohlstand aus eigener Kraft zu erarbeiten ist schwieriger geworden, insbesondere für die, die heute unter 45 sind.»

Sait ist so einer. Seit fast 20 Jahren reinigt er die Berliner U-Bahn-Höfe und schafft es dennoch nur auf einen Lohn von 10,56 Euro pro Stunde. Denn Sait ist nicht bei den Berliner Verkehrsbetrieben angestellt, die die Bahnhöfe betreibt, sondern bei einem der diversen Subunternehmen. Und so werden ihm Tarifvertrag, regelmässige Lohnerhöhungen und

**«Sich Wohlstand aus eigener Kraft zu erarbeiten ist schwieriger geworden.»**

AUTORIN JULIA FRIEDRICHS

Schmutzzulagen vorenthalten. Für die staatsnahen Verkehrsbetriebe ist das eine saubere Sache: niedrigere Kosten und keine Verantwortung für die Arbeiterinnen und Arbeiter. Für Sait und seine Kollegen bedeutet es hingegen ein Leben am Existenzminimum. Und so sind auch seine Träume geschrumpft. Danach gefragt, welcher Lohn seiner Wunschvorstellung

entsprechen würde, antwortet Sait bescheiden: «Zwischen 12 und 13 Euro müsste man schon bekommen.»

Oder Rüdiger. Er war früher Verkäufer in der Warenhauskette Karstadt. Über ihn erfährt man, dass ihm schon die Umbenennung der Läden in «Galeria Karstadt Kaufhof» zuwider war, schliesslich stehe nun «sein Unternehmen» an zweiter Stelle. Und so denkt der «Karstädter» noch, als sich das Unternehmen längst gewandelt und auch ihn ausgelagert hat.

### MAHNMAL FÜR DIE SCHWEIZ

Wenn Autorin Friedrichs so nah an ihren Protagonistinnen und Protagonisten dran ist, ist «Working Class» am stärksten. Dem stehen aber lange Passagen gegenüber, in denen eine unüberblickbare Zahl an Studien zitiert wird. Eine grafische Aufbereitung der Daten hätte den Zahlenreihen gutgetan. Und auch eine stärkere Zurückhaltung der Autorin, die als Ich-Erzählerin durchs Buch führt, wäre wünschenswert gewesen.

Denn tatsächlich ist «Working Class» nicht nur eine sehr interessante Beschreibung der sich verändernden Arbeitswelt. Das Buch ist

auch ein Plädoyer dafür, «den Kapitalismus vor sich selbst (zu) retten», ihn «zurück in die Realwirtschaft» zu holen und von Exzessen zu befreien. Und an diesen Stellen führt Friedrichs bisweilen in die Irre. Etwa wenn sie gut einen Drittel des Texts dem Generationenkampf widmet und ihrer eigenen Wut Ausdruck verleiht, «die Alten» hätten sich auf Kosten «der Jungen» bereichert. Die Schlussfolgerungen, auf die sie so kommt, könnten direkt vom Arbeitgeberverband stammen: Rente mit 70, Streichen von Zuschüssen usw.

Lesenswert ist «Working Class» dennoch. Und indem es die Verhältnisse in Deutschland so eingehend beleuchtet, kann es der Schweiz als Mahnmal dienen. Man denke nur an Temporärarbeit, Outsourcing, Sparpakete, Franchising-Modelle und wie die modernen Scheusslichkeiten alle heissen.



Julia Friedrichs: **Working Class**. Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können. Berlin-Verlag, CHF 32.90.

## work1xl der wirtschaft

Hans Baumann



## 99-PROZENT-INITIATIVE: REICHE ZAHLEN IMMER WENIGER STEUERN

Die 99-Prozent-Initiative der Juso will, dass Kapitaleinkommen von Wohlhabenden höher besteuert werden. Der Nationalrat hat dieses Anliegen kürzlich klar abgelehnt. In der Initiative geht es nur um sehr hohe Einkommen, nämlich um Kapitaleinkommen von über 100 000 Franken, die höher besteuert werden sollen. Selbstbewohnte Liegenschaften und Ersparnisse in der zweiten und dritten Säule sind davon ausgenommen. Um ein solches Kapitaleinkommen zu erreichen, muss man ein Finanzvermögen von mindestens drei Millionen haben. Deshalb wäre nur ungefähr ein Prozent der Steuerzahlenden betroffen.

**STEUERN SINKEN.** In der Parlamentsdebatte wurde von rechts und von den Mitteparteien gegen die Initiative argumentiert, dass das Schweizer Steuersystem heute schon «gerecht» sei. Die progressive Einkommenssteuer und die Vermögenssteuer würden sich ausgleichend auf

die Wohlstandsverteilung auswirken. Dies mag vor einiger Zeit vielleicht noch der Fall gewesen sein. Inzwischen ist die Steuerbelastung hoher Einkommen und Vermögen aber in allen Kantonen gesunken, und die Umverteilungswirkung der Steuern hat stark abgenommen. Sehr deutlich wird das am Beispiel der Vermögenssteuer. Im Durchschnitt aller Kantone wurde ein Vermögen von fünf Millionen in den 1980er Jahren noch mit fast sieben Promille besteuert, 2018 betrug der Steuersatz nur noch 4,6 Promille. Nun könnte man argumentieren, dass ein Teil des Vermögens von fünf Millionen in den 1980er Jahren von der Inflation entwertet worden und deshalb eine tiefere Besteuerung angezeigt sei. Das trifft aber allenfalls für die Periode vor dem Jahr 2000 zu, seither gab es nur noch eine geringe Teuerung. Aber gerade seit dem Jahr 2000 sind die Vermögenssteuern stark gesunken. Und seit 2010 war die Teuerung sogar negativ. Und

### Vermögenssteuer in Promillen, Durchschnitt Kantonshauptorte



trotzdem sind die Vermögenssteuern nochmals zurückgegangen.

**DAS EINE PROZENT.** Die Schweiz hat eine der ungleichsten Vermögensverteilungen der Welt. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt über 42 Prozent aller Vermögen. Die untere Hälfte der Bevölkerung be-

sitzt kein oder fast kein Vermögen. Und trotzdem werden die Reichsten auf Kosten der unteren und mittleren Schichten immer mehr entlastet. Die Juso-Initiative will diesen verhängnisvollen Trend umkehren und mehr Steuergerechtigkeit herstellen.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

# Wo, was, wer und wann am Tag der Arbeit Raus und rein zum 1. Mai!

## KANTON AARGAU

**Aarau, Samstag, 1. Mai**  
13.30 Uhr: Besammlung auf dem Aargauerplatz. 14 Uhr: Umzug ab Bahnhofplatz. Ab 14.30 Uhr: Ansprachen auf dem Aargauerplatz, Musik mit Sven Angelo Mindeci (Akkordeonist). Moderation: Silvia Dell'Aquila, Grossrätin SP, Präsidentin AGB und 1.-Mai-Komitee Aarau. Rednerinnen: Lelia Hunziker, Grossrätin SP; Irène Kälin, Nationalrätin Grüne.

**Baden, Samstag, 1. Mai**  
13.30 Uhr: Besammlung Bahnhofplatz. 14 Uhr: Demonstrationzug 13.45 und 14.45 Uhr, Theaterplatz: Ansprachen. Musik mit Claudio Eckmann (Akkordeonist). Moderation: Alain Burger, Grossrat SP. Rednerinnen: Zoe Sutter, Präsidentin Juso Aargau; Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD, Nationalrätin Grüne.

**Lenzburg, Samstag, 1. Mai**  
11 Uhr: Festbeginn auf dem Metzplatz (bei Schlechtwetter im alten Gemeindefest). Rahmenprogramm gemäss epidemiologischer Lage 14 Uhr, Metzplatz: Kundgebung 14, 15 und 16 Uhr: Ansprachen. Ca. 17 Uhr: Festende. Moderation: Gabi Lauper-Richner, Grossrätin SP, Präsidentin SP Bezirk Lenzburg. Rednerinnen: Beatrice Taubert, Fraktionspräsidentin SP Lenzburg, Vizepräsidentin Einwohnerrat Lenzburg (14 Uhr); Natascha Wey, stv. Generalsekretärin VPOD, Gemeinderätin SP Zürich (15 Uhr).

**Rheinfelden, Samstag, 1. Mai**  
Ab 16.30 Uhr, Aussenplatz beim Roten Haus Rheinfelden, Habich-Dietschy-Strasse 1: Ansprachen. Bei schönem Wetter werden Getränke in Flaschen abgegeben. Ca. 18 Uhr: Festende.

Moderation: Elisabeth Burgener Brogli, Grossrätin SP; Werner Erni, SP Möhlin. Reden: Claudia Rohrer, Grossrätin SP; Tom Steiner, SP Rheinfelden; Rolf Schmid, Präsident SP Bezirk Laufenburg; Vreni Buol-Lüscher, Gemeinderätin SP Gipf-Oberfrick; Markus Fäs, Gemeinderat SP Möhlin; Dariyusch Pour Mohsen, Jugendsekretär Unia AG-NWS.

**Unterkuhl, Freitag, 30. April**  
Ab 18 Uhr, Bezirksschulhaus Unterkuhl: Maifeier. Es werden Getränke in Flaschen abgegeben. Keine Sitzplätze. Ab 19 Uhr: Ansprachen. Moderation: Markus Estermann, Präsident SP Bezirk Kuhl, Dürrenäsch. Rednerinnen und Redner: Silvia Dell'Aquila, Grossrätin SP, Regionalleiterin VPOD Aargau/Solothurn; Alfred Merz, Grossrat, Vizeamann SP Menziken.

**Wohlen, Samstag, 1. Mai**  
16 Uhr, Bleichli Wohlen: Beginn Maifeier (kein Rahmenprogramm). 18.15 und 19 Uhr: Ansprachen. Begrüssung und Moderation: Cyrille Meier, Präsident SP Wohlen. Rednerinnen und Redner: Laura Pascolin, Einwohnerrätin Wohlen; Mia Jenni, Einwohnerrätin Obersiggenthal, GL Juso Schweiz; Fabian Molina, Nationalrat SP.

**Zofingen, Samstag, 1. Mai**  
Allenfalls reduzierte Maifeier. Infos: [www.agb.ch](http://www.agb.ch).

## KANTON BASEL-STADT

**Basel, Samstag, 1. Mai**  
10 Uhr: Besammlung am Messeplatz. 11 Uhr: Demonstration zum Barfüsserplatz. 11.45 Uhr, Barfüsserplatz: Kundgebung. Veranstaltungen auf dem Kasernenareal und dem DeWette-Park abhängig von den geltenden Corona-Regelungen. Stände in der Stadt zum Thema Gesundheit. Testimonials über Social Media. Rednerinnen und Redner: Sarah Wyss, Nationalrätin SP (10.45 Uhr, Messeplatz); Benjamin Plüss, Co-Präsident Gewerkschaftsbund Basel-Stadt; Heidi Mück, Co-Präsidentin Basta!; Vertreterinnen der Klimabewegung.

## KANTON BASELSTADT

**Liestal, Samstag, 1. Mai**  
13.30 Uhr beim Bahnhof Liestal: Besammlung. Ca. 13.40 Uhr: Abmarsch des Demozugs. Die Demoroute führt durch die Poststrasse über den Wasserturmplatz durchs Törl vor das Regierungs-



**Juso-Präsidentin Ronja Jansen.**

gebäude. Am Demonstrationzug und während der Versammlung vor dem Regierungsgebäude herrscht Maskenpflicht. Ca. 14.15 Uhr, vor dem Regierungsgebäude: Beginn Ansprachen, ca. 15.15 Uhr: Ende der Veranstaltung. Rednerinnen und Redner: Daniel Lampart, Chefökonom SGB; und Ronja Jansen, Präsidentin Juso Schweiz.

## KANTON BERN

**Bern, Samstag, 1. Mai**  
12–15 Uhr: Postenlauf durch die ganze Stadt mit Halt an 12–13 Standorten. Stände vom Helvetiaplatz bis Bümpliz. 15 Uhr: Abschlusskundgebung auf dem Bundesplatz (maximal 15 Teilnehmende, je eine Person pro Organisation). Videodokumentation sämtlicher Aktionen auf Social Media und online.

**Langenthal, Samstag, 1. Mai**  
8–12 Uhr: Stand in der Marktgasse.

**Oberbipp, Samstag, 1. Mai**  
Ab 16 Uhr: Maifeier in der Oberbipp Waldhütte im Längwald. 17 Uhr: Ansprache. Rednerin: Flavia Wasserfallen, SP-Nationalrätin, Bern.

## KANTON FREIBURG

**Freiburg, Samstag, 1. Mai**  
Ab 9 Uhr, Python-Platz: Stände verschiedener Organisationen (leider ohne Getränke- oder Essensverkauf). 12.30 Uhr: Beginn des Umzugs vom Python-Platz. Ca. 14 Uhr, Python-Platz: Ansprachen. 16 Uhr: Veranstaltungsende.

## KANTON LUZERN

**Luzern, Samstag, 1. Mai**  
13.00 Uhr, Peterskapelle: Streitmäschchen. Kunstinstallation im Rahmen des Streiftifestivals. Ca. 16 Uhr: Aktionen von Unia und VPOD, Ort und Details werden noch bekanntgegeben. 17.00 Uhr, Kapellplatz: 1.-Mai-Demo. 19.00 Uhr im Neubad Luzern: Podiumsdiskussion «Arbeiten an der sozialen Wende» mit Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Politik und Zivilgesellschaft. 21.00 Uhr im Neubad Luzern: Konzert mit DIE DIE BE. Reden: Martin Wyss, Präsident Luzerner Gewerkschaftsbund; Melanie Setz, designierte Präsidentin VPOD Luzern; sowie Klimastreikende, Vertreterinnen des Feministischen Streiks Luzern und weitere.

## KANTON ST. GALLEN

**St. Gallen, Dienstag, 20. April**  
20.15 Uhr, Online-Vorveranstaltung: Erfreuliche Universität: «Wer pflegt uns morgen?» Gespräch (Dokfilm kann vorgängig in der Mediathek von SRF angesehen werden). Eveline Falk (Journalistin), Ronja Stahl (Pflegefachfrau in Ausbildung), Sebastian Zölle (Pflege Kantonsspital).

**St. Gallen, Montag, 26. April**  
19–20 Uhr, Online-Workshop für Pflegepersonal: Fight for your rights.

**St. Gallen, Dienstag, 27. April**  
20.15 Uhr, Online-Vorveranstaltung Erfreuliche Universität: «Soziale Absicherung von Kulturschaffenden: Wie weiter?» Gespräch mit SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, Nicole Pfister (Präsidentin Suissculture Sociale), Moderation: Johannes Rickli (IG Kultur Ost) und Corinne Riedener (Saiten).

**St. Gallen, Samstag, 1. Mai**  
10–11 Uhr, Online-Workshop IG Sans-papiers: Die Situation von Sans-papiers in der Ostschweiz, 10–11 Uhr, Online-Workshop PFG: Armut bekämpfen – sozialpolitische Ansätze für die individuelle Hilfe, 12–13 Uhr, Online-Workshop Juso: Ziviler Ungehorsam und Gewalt als Mittel für linke Politik? 12–13 Uhr, Online-Workshop SP: 10 Jahre nach der City of change:

## Zentraler Livestream des SGB

Der zentrale 1.-Mai-Livestream startet um 10 Uhr – online auf [www.mai2021.ch](http://www.mai2021.ch) und auf diversen Kanälen verfügbar. Mit Schaltungen zu den Aktionen vor Betrieben oder an zentralen Punkten, Kundgebungen aus den Regionen und mit prominenten Gästen aus der



**Unia-Präsidentin Vania Alleva.**

Schweiz und international, dieses Jahr u. a.: Simonetta Sommaruga, Bundesrätin • Luca Visentini, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes • Vania Alleva, Präsidentin Unia • Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SP • Pierre-Yves Maillard, Präsident des SGB • Sibel Arslan, Nationalrätin Grüne • Paul Rechsteiner, Ständerat und alt SGB-Präsident • Julia Friedrichs, Autorin (siehe Seite 16) und weitere (das Programm wird laufend aktualisiert).



**SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer.**

Ausländerstimmrecht jetzt!, 14 Uhr: Besammlung Demo Grabenhalle, anschliessend Kundgebung in der Marktgasse: Bitte kurzfristige Änderungen beachten. Maskenpflicht! [www.sgb-sg.ch](http://www.sgb-sg.ch). Alle Anmeldungen für Onlineveranstaltungen unter: [rebrand.ly/1maistgallen](http://rebrand.ly/1maistgallen).

**Lichtensteig, Samstag, 1. Mai**  
16.15 Uhr: Treffpunkt vor dem Rathaus für Kultur, Hauptgasse 12, 9620 Lichtensteig. 16.30 Uhr: Stadtführung mit René Stäheli für Interessierte. 17.45 Uhr: Begrüssung, Apéro, Verpflegung. 18.45 Uhr: Ansprache von Barbara Gysi, Nationalrätin SP; Referat: Christoph Schlatter, Zentralsekretär VPOD Zürich: Ergebnisse der VPOD-Umfrage «Kollegin, Kollege, wie geht es dir?»; Arbeit und Pandemie – Inputs aus dem Alltag der Gewerkschaft. 20.15 Uhr: Toggenburger Band – endlich wieder mal Live-musik! Bitte kurzfristige Änderungen beachten: [www.sgb-sg.ch](http://www.sgb-sg.ch).

## KANTON THURGAU

**Frauenfeld, Samstag, 1. Mai**  
1.-Mai-Fest, 10–15 Uhr. 10 Uhr: Besammlung im Murg-Auen-Park. Hauptredner: Pierre-Yves Maillard, Nationalrat und Präsident Gewerkschaftsbund Schweiz. 10.15 Uhr: Begrüssung durch Lukas Auer, Präsident TGGB. 11 Uhr: Festansprache: Pierre-Yves Maillard. 11.30 Uhr: Fatime Zekjiri, Teamleiterin Pflege und Betreuung, Unia



**SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard.**

Region Ostschweiz – Graubünden. 11.45 Uhr: Beat Schenk, Vorstandsmitglied Unia-Jugend. 13.00 Uhr: Schlusswort Lukas Auer, Präsident TGGB.

**Zeit für die soziale Wende! 1. Mai**

**SGB/ISS**  
Schweizerischer Gewerkschaftsbund

## Zeit für die soziale Wende: Der Aufruf zum 1. Mai 2021

Hunderttausende waren und sind von Entlassungen betroffen oder müssen Angst um ihren Arbeitsplatz haben. Die tiefsten Löhne haben in der Coronakrise am stärksten gelitten. Um die ungerechte Einkommensverteilung offensiv zu bekämpfen, braucht es einen Aufschwung für die Arbeitnehmenden – mit Vollbeschäftigung, besseren Löhnen und einer sozialeren Altersvorsorge. Es ist Zeit für die soziale Wende! [www.mai2021.ch](http://www.mai2021.ch)

## KANTON WALLIS

**Standaktion: Public-Viewing-Anlage** auf dem Stadtplatz von Brig. Ganztags zu sehen und zu hören über die nun geöffneten Gartenterrassen. [1mai2021oberwallis.ch](http://1mai2021oberwallis.ch).

## KANTON ZÜRICH

**Bülach, Samstag, 1. Mai**  
11 Uhr: Live-Stream ([www.1-mai-buelach.ch](http://www.1-mai-buelach.ch)). Rednerinnen und Redner: Gülsha Adilji, Michèle Dünki-Bättig, Nico Lutz, GL Unia.



**Unia-GL-Mitglied Nico Lutz.**

**Winterthur, Samstag, 1. Mai**  
11–15 Uhr: Polit-Parcours in der Altstadt. Organisationen aus dem Umfeld des rot-grünen Spektrums zeigen ihre Arbeit. Info und Verpflegungsstand auf dem Neumarkt. Ausstellung: 130 Jahre 1. Mai Winterthur in 10 Tafeln. Organisation: 1.-Mai-Komitee der Arbeiterunion Winterthur. [www.1mai-winterthur.ch](http://www.1mai-winterthur.ch). In Zusammenarbeit mit: Sozialdemokratische Partei Winterthur; Gewerkschaftsbund Winterthur; Unia; VPOD; Syndicom; Grüne Winterthur; Junge Grüne; Juso; Klimastreikbewegung; Feministisches Kollektiv Winterthur.

## Zürich, Samstag, 1. Mai

10.30 Uhr, Paradeplatz: Kundgebung «Ein Lohn zum Leben» (angemeldet). 10.30 Uhr, Lindenhof: Kundgebung für Schreiner-GAV. 10.30 Uhr: Bauarbeiter-Kundgebung (offen). 10.30 Uhr, vor der Sihlpost: Kundgebung für Paketzustellende. 10.30 Uhr, Walchplatz: Kundgebung vor der Gesundheits- und Bildungsdirektion. 10.30 Uhr, Negrellisteg: Kundgebung Transportpersonal. Infos: [www.gbkz.ch](http://www.gbkz.ch) und [www.1mai.ch/Polit](http://www.1mai.ch/Polit). 14 Uhr, Stream aus dem Volkshaus: Armut in der Schweiz. Podiumsdiskussion, 1.-Mai-Komitee. 14 Uhr, Stream aus dem Volkshaus: Was bleibt nach dem Krisenkater? Möglichkeiten für eine nachhaltige, soziale und solidarische Zukunft. Podiumsdiskussion, SP Stadt Zürich. 16 Uhr, Stream aus dem Volkshaus: Den Behörden und Ämtern schutzlos ausgeliefert – warum Sozialhilfebeziehende sich oft nicht wehren können – was tun? Referat und Diskussion, 1.-Mai-Komitee. 16 Uhr, Stream aus dem Volkshaus: Rojava: Gesundheitsversorgung unter Beschuss. Podiumsdiskussion, Medico International Schweiz. 18 Uhr, Stream aus dem Volkshaus: Gira por la vida – der Zapatismus kommt nach Europa. Podiumsdiskussion, Gruppe Encuentro Feminista Zapatista, Direkte Solidarität mit Chiapas, Medico International Schweiz. 18 Uhr, Stream aus dem Volkshaus: Gewerkschaftlicher Widerstand im Gesundheitswesen – wenn nötig bis zum Streik. Podiumsdiskussion VPOD Zürich.

20 Uhr, Stream aus dem Volkshaus: Sexarbeit in Zeiten von Corona – Rückblick auf ein widersprüchliches Jahr. Podiumsdiskussion Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ) 20 Uhr, Stream aus dem Volkshaus: Coronavirus-Pandemie und Staatsverschuldung – die lange Sicht. Podiumsdiskussion AL Zürich.

**Zürich, Sonntag, 2. Mai**  
12 Uhr, online: Die brasilianische Politik der Entrechtung, Vertreibung und Vernichtung in Zeiten der Pandemie. Podiumsdiskussion, Kollektiv TAOCA. 14 Uhr, Zoom-Webinar: Chile ein Land im Umbruch: Zwischen Fortschritt und politischer Repression. Podiumsdiskussion, Trawün 14 Uhr, Zoom-Webinar: Recht im Unrecht – zwischen Widerstand und Anpassung. Podiumsdiskussion, Freiplatzaktion. 16 Uhr, Zoom-Webinar: Von Impfsolidarität, Impfnationalismus und Gesundheits-Apartheid. Podiumsdiskussion, Plattform für eine solidarische Gesundheit (AMCA, CSSR, Medicuba-Suisse, Medico International Schweiz). 16 Uhr, Zoom-Webinar: Immer mehr sichere Herkunftsländer? Diskussion zu den jüngsten Entwicklungen in der Schweizer Ausschaffungspraxis. Podiumsdiskussion, Solinetz 18 Uhr, Zoom-Webinar: Che und der Sozialismus in Kuba. Podiumsdiskussion, PdA, Vereinigung Schweiz – Cuba, Medicuba-Suisse. 18 Uhr, Zoom-Webinar: Care. Podiumsdiskussion, Feministisches Streikkollektiv Zürich. 20 Uhr, Zoom-Webinar: Politische Bildungsarbeit in Jugendkulturen. Podiumsdiskussion, Widerspruch.

Stand der Agenda bei Redaktionsschluss am 21. April 2021.



Myriam Muff  
von der Unia-Rechtsabteilung  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

## Kurzarbeitsentschädigung: Regelung für Geringverdienende

**Ich habe eine unbefristete Anstellung zu einem 80-Prozent-Pensum im Gastgewerbe. Ich verdiene dort 3470 Franken pro Monat. Wegen der Pandemie kann ich zurzeit nicht arbeiten und erhalte Kurzarbeitsentschädigung. Mein Chef überweist mir jeweils nur knapp 2600 Franken. Gibt es in dieser Pandemie nicht extra eine Bestimmung für Geringverdienende in dem Sinne, dass diese nicht nur 80 Prozent, sondern 100 Prozent Kurzarbeitsentschädigung erhalten?**

**MYRIAM MUFF:** Ja, eine solche Bestimmung gibt es. Im Dezember 2020 hat das Parlament beschlossen, dass die Kurzarbeitsentschädigung (KAE) für Geringverdienende 100 Prozent beträgt, wenn sie bei einem 100-Prozent-Pensum weniger als oder genau 3470 Franken verdienen. Verdient jemand bei einem Vollzeitpensum mehr oder genau 4340 Franken monatlich, gelten weiterhin die normalen Regeln, wonach die KAE 80 Prozent des regulären Lohnes beträgt. Liegt der Lohn bei einem Vollzeitpensum zwischen 3470 und 4340 Franken, beträgt die KAE 3470 Franken. Ist der Arbeitsausfall nicht vollständig, wird der Verdienstaufschlag entsprechend anteilig berechnet. Und bei einem Teilzeitpensum wird die KAE-Pauschale von 3470 Franken ebenfalls anteilig berechnet. Diese Regelung für Geringverdienende gilt vom 1. Dezember 2020 bis am 30. Juni 2021.

Da Sie ein Teilzeitpensum von 80 Prozent haben und dabei 3470 Franken verdienen, macht dies aufgerechnet auf ein Vollpensum 4337.50 Franken. Somit haben Sie Anspruch auf 3470 Franken KAE, abzüglich 6,4 Prozent Sozialversicherungsbeiträge. Deshalb empfehle ich Ihnen, sich an Ihren Chef zu wenden und ihn auf Ihr Recht hinzuweisen.

## Vaterschaftsurlaub: Was sind die Auswirkungen auf die Kündigungsfrist?

**Meine Frau und ich sind kürzlich Eltern geworden. Kurz vorher habe ich die Kündigung erhalten. Ich möchte meinen Vaterschaftsurlaub gerne so schnell als möglich beziehen, mein Chef ist einverstanden. Mein Problem ist aber, dass ich die Kündigungsfrist für die Stellensuche brauche. Was passiert mit meiner Kündigungsfrist, wenn ich nun Vaterschaftsurlaub mache: wird sie verkürzt? Und muss ich mich während des Vaterschaftsurlaubes bewerben?**

**MYRIAM MUFF:** Nein, weder noch. Die Kündigungsfrist wird nicht verkürzt, sondern um die noch nicht bezogenen Vaterschaftsurlaubstage verlängert – in Ihrem Fall also um den ganzen Vaterschaftsurlaub im Umfang von zwei Wochen. Dies ist in Artikel 335c Abs. 3 des Obligationenrechts geregelt. Sie müssen sich während des Vaterschaftsurlaubs auch nicht auf Stellen bewerben. Dies müssten Sie selbst dann nicht, wenn Sie bereits arbeitslos wären und Ihnen das RAV den Vaterschaftsurlaub bewilligt hätte. Dies ist in der Weisung des Seco 2021/04 «Vaterschaftsurlaub und -entschädigung während Stellensuche und Arbeitslosigkeit» geregelt. Sie können also Ihren Vaterschaftsurlaub vollumfänglich Ihrem Kind und der Unterstützung Ihrer Frau widmen. Danach können Sie sich an die Stellensuche machen und sich nötigenfalls bei der Arbeitslosenkasse anmelden. Wichtig: Ihr Arbeitsverhältnis wird nicht wie sonst üblich erst auf Monatsende enden. Dies aufgrund der durch den Vaterschaftsurlaub bedingten Verlängerung der Kündigungsfrist.

## Das Schweizer Streikrecht

# Ein Recht mit Regeln – und

**Streiken ist in der Schweiz ein von der Verfassung garantiertes Recht. Ein Recht mit Wenn und Aber. work nennt die wichtigsten Regeln.**

MARTIN JAKOB

«Die Schweiz sah rot», titelte der «Blick». Am 4. November 2002 mündete der Kampf um die Frühpensumierung mit 60 in der Baubranche in einen landesweiten Streik, provoziert von einem Vertragsbruch des Baumeisterverbands. 15 000 Bauarbeiter beteiligten sich, 2000 von ihnen blockierten den Baregg-Tunnel – das Nadelöhr des mittelländischen Strassenverkehrs. Die Baumeister lenkten schliesslich ein: Der flexible Altersrücktritt für Bauarbeiter, damals ein Pioniermodell, wurde eingeführt.

Doch der Streik hatte ein juristisches Nachspiel. Das Bundesgericht als letzte Instanz anerkannte zwar die Rechtmässigkeit des Streiks, verurteilte aber vier Geschäftsleitungsmitglieder der Unia wegen Nötigung zu Geldstrafen. Die Störung des Verkehrs am Baregg-Tunnel sei «unverhältnismässig» gewesen.

Das Beispiel zeigt: Streiks schaffen Öffentlichkeit. Mit Streiks lassen sich berechtigte Forderungen durchsetzen (90 Prozent aller Streiks enden mit einem vollen oder teilweisen Erfolg). Streiks können dennoch vor dem Richter enden. Was ist überhaupt erlaubt?

### STREIKRECHT, ABER FRIEDENSPFLICHT

Das Streikrecht ist seit dem Jahr 2000 in der Bundesverfassung festgeschrieben. Es ist Teil der «Koalitionsfreiheit», also des Rechts von Angestellten, sich zum Schutz ihrer Interessen zusammenzuschliessen. Streiks sind zulässig, wenn sie Arbeitsbeziehungen betreffen und wenn sie als letztes Mittel eingesetzt werden. Der Arbeitsfriede ist nach Obligationenrecht Teil des Gesamtarbeitsvertrags (GAV), er verpflichtet die Vertragsparteien, auf Streiks zu verzichten, solange der Vertrag gültig und ungekündigt ist. Aller-



### WORKTIPP

### NICHT OHNE DIE UNIA

Wer streikt, setzt sich Risiken aus. Anfeindungen von Arbeitgeberseite und juristischen Fallstricken, um nur zwei wichtige zu nennen. Die Unia hat viele Erfahrungen mit Streiks gesammelt und unterstützt Belegschaften, die einen Arbeitskonflikt durchführen wollen, um ihre Interessen zu verteidigen – in der Planung, in der Organisation und bei den Verhandlungen. Stoppt die Firma während des Streiks die Lohnzahlung, bezahlt die Unia ihren Mitgliedern einen Lohnersatz aus der Streikkasse. Wenden Sie sich an das Gewerkschaftssekretariat Ihrer Unia-Region!

dings handelt es sich dabei um eine «relative Friedenspflicht» – sie beschränkt sich auf Angelegenheiten, die Bestandteil des GAV sind.

Umstritten ist, was gilt, wenn ein Vertrag ausläuft. Da es keinen Sinn ergibt, Verhandlungen erst

ZIEL ERREICHT: Am 4. November 2002 streikten landesweit 15 000 Bauarbeiter. Noch im

nach dem Auslaufen des Vertrages zu führen, weil dann eine Vertragslücke entsteht und weil Protestaktionen und Warnstreiks zu Vertragsverhandlungen gehören, ist die Friedenspflicht aus Sicht der Gewerkschaften in den letzten Vertragsmonaten zu relativieren.

Ein eigentliches Streikgesetz existiert für die Schweiz zwar nicht. Jedoch ergeben sich aus der gerichtlichen Praxis einige Voraussetzungen. So muss der Streik von einer Gewerkschaft getragen werden. Zudem hat der Streik Ziele zu verfolgen, die durch einen Gesamtarbeitsvertrag regelbar sind. Zum Beispiel höhere Löhne oder ein früheres Pensionsalter.

Und schliesslich sagt das Bundesgericht, ein Streik müsse «verhältnismässig» sein – ein Einfallstort für politisch gefärbte Gerichts-

urteile, wie das Beispiel der Bareggblockade anschaulich macht.

Versteht man den Streik in seiner ursprünglichsten Bedeutung als kollektive Arbeitsverweigerung, ist diese also nur legal, um damit Forderungen nach bestimmten Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Ein Grenzfall war der grosse

### Auch wenn Arbeit und Lohn ruhen: Arbeitsverträge bleiben gültig.

Frauenstreik 2019 für umfassende Gleichberechtigung, gleiche Löhne inklusive: Obwohl die Arbeitgeberverbände behaupteten, der Streik betreffe nicht konkrete GAV-Anstellungsbedingungen und sei deshalb illegal, legten viele Frauen (und solidarische Männer) die Arbeit zu-



ACHTUNG VERFALLSDATUM: Das Verfallsdatum auf Medikamenten ist obligatorisch. Manchmal steht vor dem Datum auch «Exp.» (für «Expiry Date»). FOTO: GETTY

## Frühlingsputz bei Medikamenten: Das «Heile, heile»

**Erreichen Medikamente das aufgedruckte Verfallsdatum, rät die Fachwelt zum Entsorgen. Aber bitte nicht über die Toiletten-spülung!**

MARTIN JAKOB

Schauen Sie mal in Ihren «Giftschrank», und sortieren Sie die Medikamente aus, deren Verfallsdatum abgelaufen ist. Wetten, da kommen ein paar Schachteln, Tuben und Fläschchen zusammen!

**ENDE DER HAFTUNG.** Aber was bedeutet überhaupt das Verfallsdatum? Dieses hat die Herstellerin festgelegt, aufgrund von Tests, in denen sie ermittelt, wie lange das Medikament seine Wirkung sicher behält. Kommt die Arznei erst danach

zur Anwendung, ist die Firma von jeder Haftung entbunden. Also auch von jenem Rest an Haftung, der nach all den Hinweisen auf Nebenwirkungen im Beipackzettel verbleibt. Manche Packungen enthalten zusätzlich die Warnung, bis wann eine angebrochene Medizin nach dem ersten Öffnen aufzubrauchen sei. Diese Verbrauchsfrist findet sich vor allem bei flüssigen Arzneien wie Sirup und Salbe.

**LÄNGER WIRKSAM.** Die Pharmaindustrie garantiert ab dem Verfallsdatum die Wirkung nicht mehr – das heisst aber nicht, dass das Medikament plötzlich wirkungslos ist. So hat die US-Armee in den achtziger Jahren eine ganze Reihe von Medikamenten getestet.

# Grauzonen



gleichen Jahr kam der neue GAV zustande (Foto: Blockade des Baregg隧nels). FOTO: KEY

mindest für kurze Zeit nieder und wagten sich damit in eine Grauzone – zumeist straflos, denn ihre Chefs fürchteten, sich in der öffentlichen Meinung mit Sanktionen ins Abseits zu stellen. Eine Grauzone ist auch, wo Protestaktionen aufhören und ein Streik anfängt. Meist haben die Arbeitnehmenden Überstunden auf einem Zeitkonto und können darüber frei verfügen. Wenn sie sich während Vertragsverhandlungen zu einer Protestversammlung während der Arbeitszeit versammeln und die Arbeitgeber diese Stunde nicht bezahlen, dann ist das kaum ein Streik.

## UND DER LOHN?

Auch wenn der Streik legal ist: arbeitsvertraglich bedeutet er, dass die Hauptpflichten ruhen – also nicht nur die Arbeit, sondern auch

die Lohnzahlung. In diesem Fall leisten die Gewerkschaften Lohnersatz, dafür haben sie eine Streikkasse (siehe work-Tipp). Als Unia-Mitglied erhalten Sie Lohnersatz in der Höhe eines Mindestlohns (22 Franken pro Stunde).

Die Firma darf also die Lohnzahlung für die Dauer des Streiks oder einer Protestaktion einstellen. Darf sie auch gleich die Entlassung aussprechen? Nein: Ist der Streik rechtmässig, bedeutet er keine Verletzung des Arbeitsvertrags und darf keine Strafaktionen nach sich ziehen. Wegen der Teilnahme am Streik ist also weder eine fristlose noch eine ordentliche Kündigung zulässig. Wird sie dennoch ausgesprochen, kann sie als missbräuchlich eingeklagt werden und berechtigt zu einer Entschädigung von bis zu sechs Monatslöhnen.

## STREIK IM 21. JAHRHUNDERT

### EIN BUCH MACHT MUT

«Ein Streik ist kein Sonntagsspaziergang», schreibt Unia-Präsidentin Vania Alleva im Vorwort zum Buch «Streik im 21. Jahrhundert», das sie zusammen mit Ex-Unia-Co-Präsident Andreas Rieger herausgegeben hat. Der Band ist 2017 entstanden und belegt: Seit Beginn des 21. Jahrhunderts nehmen Arbeitskämpfe in der Schweiz zu, weil der Druck auf die Arbeitenden und ihre Löhne steigt und die Schere zwischen den Erträgen aus Arbeit und jenen aus Kapital sich laufend weiter öffnet. Allein zwischen 2000 und 2016 verzeichnet die Liste der Streiks in Unia-Branchen 112 Einträge.

**PRAXISNAH.** Verschiedene Autorinnen und Autoren analysieren und kommentieren die Entwicklung aus Gewerkschaftssicht. Den grössten Raum nehmen aber die Fallbeispiele ein, welche die Strategien und Erfolge, aber auch Probleme und Widrigkeiten bei Arbeitskämpfen in Schweizer Firmen und Branchen beschreiben. Eine so spannende wie anschauliche Lektüre, aus der sich vieles für die Praxis lernen lässt.



Vania Alleva, Andreas Rieger (Hg.): Streik im 21. Jahrhundert. Rotpunktverlag 2017, ISBN 978-3-85869-754-7, 168 Seiten, CHF 25.–.

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



DEN STANDORT VERSCHLEIERN. Wenn Sie finden, es müssten nicht alle wissen, dass Sie von der Schweiz aus surfen, können Sie einen VPN-Dienst abonnieren. FOTO: ADOBE STOCK

## Surfen ohne den Schweiz-Nachteil

Wer im Internet surft, hinterlässt Daten. Dazu gehört die IP-Nummer. Mit ihr lässt sich etwa herausfinden, wo Ihr Computer steht. Die Folge: Mit einer Schweizer IP-Nummer können Sie gewisse Filme auf deutschen Videoportalen nicht sehen. Oder Sie bezahlen auf einer Reiseplattform oder in einem Internetshop für die gleiche Leistung höhere Preise als Deutsche.

### Die Mehrheit der VPN-Dienste geben Daten weiter.

Die Lösung dagegen heisst Virtual Private Network (virtuelles privates Netzwerk, VPN). Das funktioniert wie ein Weiterleiten der Post. Als erstes schliessen Sie ein Abo bei einer VPN-Firma ab. Das kostet 6 bis 16 Franken pro Monat. Im VPN-Programm wählen Sie danach ein Land aus. Nun wird sämtlicher Internetverkehr verschlüsselt via VPN-Firma ins gewählte Land umgeleitet. Die Schweizer IP-Nummer ist für Dritte nicht mehr sichtbar und der Datenverkehr nicht mehr einsehbar.

**BEDENKLICH.** «Saldo» nahm acht häufig verkaufte VPN-Dienste genauer unter die Lupe. Insgesamt schnitt nur die Schweizer Firma ProtonVPN sehr gut ab. Sie ist einfach in der Bedienung und überzeugt auch beim Datenschutz (siehe Tabelle unter [saldo.ch/vpn-dienste](https://www.saldo.ch/vpn-dienste)).

Achtung: Auf den Websites von Hide.me, NordVPN, OVPN, Perfect Privacy, Surfshark und Trust.Zone sind Programme von Datensammlern wie Google eingebaut. Die Handy-Apps von NordVPN, Surfshark und Trust.Zone zeichnen sogar Nutzerdaten auf. CHRISTIAN BIRMELE

## Wohin mit alten Pillen und Salben? hält nicht ewig

Resultat: 84 Prozent der Präparate zeigten fünf Jahre nach Ablauf des Verfallsdatums noch immer eine Wirkung von 90 Prozent oder mehr. Allerdings: Mit der Überalterung steigt das Risiko von Zersetzungen und Verunreinigungen. Das Gesundheitsmagazin «Puls» des Schwei-

### Ein zu altes Aspirin kann Bauchschmerz verursachen.

zer Fernsehens liess ein um vier Jahre zu lange aufbewahrtes Aspirin und einen Kindersirup testen, dessen Verfallsdatum ein Jahr zurücklag. Die Tablette enthielt noch 70 Prozent des Wirkstoffs, wies aber auch Anteile eines Zersetzungsprodukts auf, das zu Bauchschmer-

zen führen kann. Der Kindersirup enthielt noch immer genügend Wirkstoff, jedoch haben sich Verunreinigungen.

**RÜCKGABE.** Zwar müssen Sie nicht gleich jedes Medikament wegschmeissen, wenn das Verfallsdatum überschritten ist. Rezeptfreie Tabletten gegen Kopf-, Hals- oder andere Schmerzen bleiben auch einige Monate übers Datum hinaus unbedenklich konsumierbar, wenn Sie sie richtig gelagert haben – nämlich nicht zu warm, vor Sonneneinstrahlung geschützt und trocken.

Von der abgelaufenen Salbe, den Tropfen und dem Sirup lassen Sie besser die Finger. Und rezeptpflichtige Medikamente sollten Sie nach auskuriertem Krankheitsverlauf nicht

ohne ärztliche Empfehlung erneut einnehmen.

Alte Medikamente gelten als Sonderabfall, denn je nach Zusammensetzung könnten sie die Umwelt oder Drittpersonen gefährden. Die Apotheken haben eine Rücknahmepflicht, strenggenommen allerdings nur für Medikamente, die bei ihnen gekauft worden sind. In gewissen Kantonen (AG, BE, BL, FR, LU, ZG) bezahlt der Kanton die Entsorgungskosten, anderswo darf die Apotheke eine Gebühr verlangen. Bringen Sie Ihr Entsorgungsgut deshalb am besten in Ihre Stammapotheke, dort dürfen Sie am ehesten auf Kulanz zählen. Auf keinen Fall gehören Medikamente in den Abfluss. Weil Fische ungenussig Hustensirup trinken. Und weil es verboten ist.

## VERSCHWENDUNG

### 30 PROZENT IM ABFALL

Etwa 1400 Tonnen Medikamente landen in der Schweiz jedes Jahr im Abfall. Weil die Leute zu wenig therapietreu seien, sagt der Apothekenverband Pharmasuisse. Weil zu grosse Packungen verschrieben werden, sagen die Konsumentenschützer. Tipp: Fragen Sie bei einer Rezeptverschreibung in der Arztpraxis oder in der Apotheke, ob nicht auch die nächstkleinere Packung ausreichen würde. Und kaufen Sie Medikamente nicht auf Vorrat!

## Viamia: Beratung für Berufstätige ab 40 Jahren Gratis-Checkup

**Wie sehen Ihre Laufbahncancen aus? Nutzen Sie die neue Möglichkeit zur kostenlosen Standortbestimmung. Erhältlich vorerst in elf Kantonen.**

Noch ein oder zwei Jahrzehnte lang werden Sie berufstätig sein. Werden Sie wohl bis zur Pensionierung mit der gleichen Tätigkeit, die Sie jetzt ausüben, Ihr Geld verdienen können – und wollen? Schliesslich ändert sich die Arbeitswelt rasch, und vielleicht sind Sie mit Ihrem jetzigen beruflichen Umfeld auch nicht gerade glücklich.

**ZIELE SETZEN.** Um Berufstätigen von über 40 Jahren eine Standortbestimmung zu ermöglichen, hat der Bund Anfang 2021 das Projekt Viamia

gestartet. Im ersten Jahr beteiligen sich elf Kantone daran (BE, BL, BS, FR, GE, JU, TI, VD, VS, ZG und ZH), ab 2022 soll Viamia auf die ganze Schweiz ausgedehnt werden. Nach der Anmeldung erhalten Sie einen Fragebogen, mit dem Sie über Ihre Ausbildung und bisherige Lauf-

### Gewappnet sein für Veränderungen in der Arbeitswelt.

bahn Auskunft geben. Sie besprechen die Ergebnisse mit einer Fachperson und legen nächste Schritte für Ihre berufliche Weiterentwicklung fest. Die Beratung ist kostenlos. Auf der Website [www.viamia.ch](https://www.viamia.ch) finden Sie die Adressen der Beratungsstelle Ihres Kantons. (jk)

**work**rätsel

Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



**K-Tipp.**  
Wir testen für Sie.  
Wer abonniert, profitiert.

**LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 6**  
Das Lösungswort lautete: **STREIKRECHT**



**DEN PREIS, zwei Coop-Gutscheine à je Fr. 150.-, haben gewonnen: Samuel Schmid, Lohn-Ammannsegg SO; Kurt Vittori, Luzern. Herzlichen Glückwunsch!**

stark abfallend	eh. russ. Nachrichtenbüro	Unverbrauchtes	schweiz. Filmregisseur (Dani)	mit Wasser reinigen			Gangart des Pferdes	Pferdeunterstände	aktuell	Porzellanverzierungen	Buddhismusform in Japan	Geld fließt: der Rubel ...	innerbetrieblich	Filmschnitt (engl.)	kleine Brücken	
				Doppelvokal			Wirtschaftspolitik des US-Präsidenten									
Zeh. f. Gold		Funkortungsverfahren		nicht stark belasten							10	schriller Signalton		eingefräste Rille		
Kundendienst, Bedienung							schweiz. Kinderbuchfigur	weibl. Nutztier								
				Ab-schrift, Duplikat		landwirtschaftl. Gut							Adlige im alten Peru		Gewicht-heberdisziplin	
literar. Abhandlung	seltens-te Blut-gruppe	stimm-hafter Laut	Bedie-nung im Restau-rant										wahn-witzig, hirnver-brannt		4	
Streik in Italien gegen ...						alter Musik-hit	altes Wort f. jenseits			Koch-gefäss						russ.: ja
			Artist		fit, auf der Höhe								Mäzen			Identi-tätskarte (Kw.)
Jass-karte (CH-Blatt)	Kappe	Flug-gesell-schaft								Fels-stücke	latein-amerik. Musikstil					5
Innerei v. Kalb					Ge-sangs-stück	Scha-den-feuer	leichter Stoss							Frage-wort		See-manns-lohn
			US-Musiker † 2003 (Johnny)	Wort auf d. Wap-pen des Kt. VD							skand. Wäh-rungs-einheit		Kummer, Schmerz			
Ausruf d. Schmer-zes	chiffriert, ver-schlüs-selt						ost-span. Küsten-fluss		Unia-Kongress ...							12
Pferde-gang-art				ital. Tonbez. für das D	Schnell-zug	brit. Tages-zeitung								ugs.: Fern-sehen		Keim-zelle
Ausstellung Landes-museum; Frauen ...	grosse ital. Insel												Luzerner Gewäs-ser für Ruderer			
				Daten-träger		Sammel-becken, Wasser-speicher										

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

**Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch**  
Einsendeschluss 30. April 2020

INSERAT



Zusammenhalten,  
jetzt erst recht.

Die Krise darf nicht dazu führen,  
dass sich Ungleichheiten  
noch verstärken!

Was läuft am 1. Mai?  
Ob digital oder nach Möglichkeit  
auf den Strassen — das Programm  
wird laufend aktualisiert.

[unia.ch/1mai](http://unia.ch/1mai)



www.unia.ch

**WORKLESERFOTO**



**Der Frühling ist da, trotz Corona**

**WANN** 4. April 2021  
**WO** Basel Bruderholz  
**WAS** Blühender Apfelbaum  
**Eingesandt von Siddharth Moha, Münchenstein BL**

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie **100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»**

**workquiz**



**Wie gut sind Sie?**

**1. Rahmenabkommen I: Wer hat das Rahmenabkommen in den Sand gesetzt?**

- a) Ignazio Chassis?
- b) Ignazio Chasselas?
- c) Ignazio Cassis?
- d) Ignazio Chapeau?

**2. Rahmenabkommen II: Wer soll es jetzt in Brüssel noch retten?**

- a) Guy Parmelin?
- b) Guy Parmelin?
- c) Goy Parmelin?
- d) Güy Parmelin?

**3. Rahmenabkommen III: Was ist den Wirtschaftsverbänden schon lange ein Dorn im Auge?**

- a) der Schnurzschutz?
- b) der Lohnschutz?
- c) der Stutzschutz?
- d) der Schnauzschutz?

**4. Rahmenabkommen IV: Was heisst die Abkürzung FlaM?**

- a) flambierende Massnahmen?
- b) flaschierende Massnahmen?
- c) flammende Massnahmen?
- d) flankierende Massnahmen?



FOTO: KEYSTONE

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösung: abung: 1c; 2b; 3b; 4d

**WORKPOST**

**Basler Plattenleger machen Dampf**

Bodeplatten werden immer schwerer, Fachleute immer rarer. Doch den Plattenlegern heisst Basel scheint heissen zu sein. Sie wollen unbedingt die Löhne drücken – um bis zu 500 Franken auf das Niveau von 1995 – und haben deshalb den GAV gekündigt.  
 Damit ist auch die Frühpensioenierung mit 62 in Gefahr klar, nachdem die Plattenleger nicht mit Zuzahl, sie dem Boom des Ausbaugewerbes täglich am eigenen Leib spüren. Deshalb sagen sie am 24. März vor den Sitz des Basler Gewerbetreibenden. Bereits zum zweiten Mal.



**LEERE SESSSEL.** Dann folgte ein Protestmarsch durch die Innenstadt. Mit einem Verhandlungstisch, an dem die vergeblichen Sessel leer blieben, machten die Kollegen auf die Verweigerungshaltung ihrer Chefs und Chefis aufmerksam. Die wollten nämlich monatelang gar nicht verhandeln.  
 Am 11. März dann die Überraschung: Die Sozialpartner einigten sich, eine Lösung war auf dem Tisch. Doch zuletzt machten die Meister einfach den Rückzieher. Nun herrscht der vertraglose Zustand, die Friedenspflicht entfällt. Streiks werden möglich. Die Meister wollen es so. (jst)



**ES REICHT!** Die Basler Plattenleger wollen ihre Mindestlöhne, ihre Frühpensioenierung und ihren Gesamtarbeitsvertrag sichern, doch die Meister wollen gar nicht erst verhandeln. (jst)

Lohnkürzungen ins Auge zu fassen!  
 RAHEL H., VIA WORKZEITUNG.CH

**WORK 6 / 1.4.2021: «PLÖTZLICH BEKAM ICH KEINE STUNDEN MEHR»**

**Lektionen weg**

Ich kenne das, unter solchen Bedingungen habe ich auch vor Jahren während des Germanistikstudiums gearbeitet. Und was mir auch auf fiel, niemand von uns Lehrerinnen und

Lehrern kam auf das damalige Jahresgehalt von etwa 24000 Franken. Weil wir dann in die Pensionskasse gekommen wären. Und die Schule wollte selbstverständlich keinen Anteil daran zahlen. So wurden immer wieder Lektionen einer anderen Person zugehalten.

FREYA SUTTER, VIA FACEBOOK

**WORK 6 / 1.4.2021: IST AUCH IM APPENZELL NICHT ALLES JUST?**

**An der Grenze zur Nötigung**

Früher gab es ja auch noch den «Just-Berater», der von Haus zu Haus pilgerte und die Produkte anpries. Solche «Haustürenverkäufer» sind oft sehr erfolgreich, da sie psychologisch geschickt vorgehen und manchmal auch auf die Tränenrücken drücken. In Coronazeiten wurden zum Glück die «Kaffeefahrten» eingestellt, wo vor allem ältere Leute mit dem Versprechen einer Gratisfahrt und Zvierli zu einem Landgasthof gekarrt wurden, wo ihnen dann massiv überbeuerte Produkte aufgeschwatzt wurden. Das war oft an der Grenze der Nötigung.

PETER N. SCHNEIDER, VIA FACEBOOK

**Keine Produkte von Just mehr gekauft**

Meine Mutter hat früher viele Just-Produkte gekauft und ich vor Jahrzehnten auch, hörte dann aber damit auf. Mein Budget war nicht den Preisen entsprechend, wobei ich an der Qualität nicht zweifelte. Das hat sich nun schlagartig geändert, und ich bin froh, habe ich keine Just-Produkte mehr gekauft.

ANGELA BIBIANE NUSSBAUMER, VIA FACEBOOK

**WORK 20 / 4.12.2020: BERNA BIOTECH AG WAR RENOMMIERT, DOCH DEM BUNDESRAT NICHTS WERT**

**Eigeninteressen und Lobby**

Die Verteidigung des Landes und der Schutz der Bevölkerung wird nicht nur mit Panzern und Kanonen geführt, sondern auch mit Antibiotika und Impfungen. Eine Regierung, die diese Art von Bevölkerungsschutz dem lieben Geld zuliebe ans Ausland delegiert, vertritt nicht mehr die Interessen der Bevölkerung und hat meines Erachtens das Mandat, dieses Land zu regieren, verloren und gehört abgesetzt. Pascal Couchepin war meines Erachtens in vielen Belangen jemand, der seine kurzfristigen Eigeninteressen und die seiner Krankenkassenlobbyisten über die langfristigen Bedürfnisse der Bevölkerung gestellt hat.

GION SARAM, VIA WORKZEITUNG.CH

**WORK 5 / 19.3.2021: «ALLE, DIE HIER GEBOREN SIND, GEHÖREN ZUR SCHWEIZ»**

**Viele Pflichten, aber keine Rechte**

Ich bin hier geboren, zur Schule gegangen. Bin 57 und habe einen italienischen Pass, dabei kann ich nicht mal die italienische Sprache und habe auch keinen Bezug zu Italien.

Zum Einbürgern hätte ich unter anderem einen Deutschkurs besuchen und viel Geld zahlen müssen. Nicht nur, dass Ausländerinnen wie ich eine höhere Autoversicherung als Schweizerinnen und Schweizer bezahlen müssen. Ich habe nicht dieselben Rechte, obwohl ich nichts anderes als die Schweiz kenne und mit dieser Kultur aufgewachsen bin. Aber Pflichten habe ich mehr.

CARLA SCARPELLA, VIA FACEBOOK

**WORK 6 / 1.4.2021: DAVIDA GEGEN GOLIATH**

**Zerstörerischer Konzern**

Amazon zerstört den ganzen Mittelstand mit!  
 HEIKO HILBERT, VIA FACEBOOK

**WORK 6 / 1.4.2021: «ICH LIEBE DIE WEISSE MIT KOKOS»**

**Villars macht eine super Schoggi**

Danke für den informativen Artikel zu Quentin Pellegrinelli und zur Firma Chocolat Villars. Er macht dort so gute Schokolade, die man leider nicht in vielen Geschäften kaufen kann. Lindt oder Cailler/Nestlé sind mir viel zu stark vertreten in den Läden. Villars, Halba und Alprose kommen für mich eindeutig zu wenig zum Zug auf dem Schweizer Markt. Das ist sehr schade. Gerade die Tafeln von Villars sind doch nicht nur geschmacklich, sondern auch optisch mit dem Edelweissrelief und der schönen Verpackung absolute Topqualität.

ANGELA BIBIANE NUSSBAUMER, VIA WORKZEITUNG.CH

**WORK 6 / 1.4.2021: BASLER PLATTENLEGER MACHEN DAMPF So geht das nicht!**

Und dann jammern sie, dass sie keine Lehrlinge und gutes Fachpersonal mehr bekommen. Die Plattenlegerinnen und Plattenleger sollen sich Knie und Rücken kaputtkrüppeln für einen Dreckslohn. So geht das nicht. Kämpft für eure Rechte und einen guten GAV – alle zusammen solidarisch.

VRENI GRAMELSBACHER, VIA FACEBOOK

**Differenz an AHV**

Mit tiefem Lohn kann höchstens ein Grenzgänger in der teuren Schweiz überleben. Darum müsste jeder, der einen billigen Grenzgänger einstellt, die Differenz zum fairen Schweizer Lohn in die AHV einzahlen.

THOMAS STARK, VIA FACEBOOK

**Total unfair**

Es ist völlig inakzeptabel, fern jeder Realität und ein total unfairer Rückschritt, solche

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an **work Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

# Simon Schmutz bringt wilde Blumen in brave englische Rasen «Es ist so cool, weil es jetzt nachhaltig ist»

**Früher musste Landschaftsgärtner Simon Schmutz auch mal einen «Garten des Grauens» bauen. Doch diese Zeiten sind zum Glück vorbei! Jetzt baut er Lebensräume für Igel, Insekten und Eidechsen.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS SEVERIN NOWACKI

Zurzeit hat Simon Schmutz (36) einen traumhaften Arbeitsplatz: «Herrlich ist es hier, die Rotmilane kreisen, die Aussicht ist toll.» Die aktuelle Baustelle des Landschaftsgärtners ist auf dem Belpberg BE. Der Auftraggeber will dort ein altes Bienenhaus zu einer Sauna umfunktionieren. Das Gelände darum herum ist sehr steil, deshalb wird terrassiert, mit Hilfe von Trockenmauern. Neben der zukünftigen Sauna soll zudem ein Trockenstandort entstehen. «Der ist gut für Wildblumen, weil diese nährstoffarme Böden brauchen», erklärt Schmutz. Dass er sich mit Wildblumen auskennt, ist kein Zufall. Schmutz arbeitet bei «Stolz Naturgarten» in Ostermündigen BE, einem naturnahen Gartenbauunternehmen mit 12 Mitarbeitenden. Schmutz sagt: «Früher war ich häufig gestresst bei der Arbeit, weil ich mit dem Vorgehen meiner Chefs nicht einverstanden war. Sie verspritzten Pestizide, bauten Fremdstoffe ein, pflanzten exotische Sträucher.» Seine jetzige Chefin verwendet hingegen nur Pflanzen aus Bio-Baumschulen, verbaut regionale Materialien, setzt auf einheimische Pflanzen. Und bei der Planung werde geschaut, wie Lebensräume für Tiere, etwa Bienen oder Igel, geschaffen werden können. Schmutz sagt: «Das ist sehr cool, weil es sehr nachhaltig ist und wir zur Biodiversität beitragen.» Aber diese Art zu gärtnern brauche auch viel Fachwissen und gute Argumente. Zwar gebe es nicht mehr so viele Leute, die exotische Pflanzen im Garten haben wollten. Wenn doch, versuche er sie vom naturnahen Gartenbau zu überzeugen. Besonders gut klappt das mit Lebensräumen für Insekten, die wiederum Futterquelle für Vögel sind. «Ich finde zu den meisten Kunden einen Draht!»

**UMDENKEN.** Schmutz arbeitet erst seit einem Jahr für die naturnahe Gärtnerei. «Aber im Kopf bin ich schon länger umgestiegen.» Und muss jetzt zum Glück keine «Gärten des Grauens» mehr machen. Das sind mit Vlies ausgelegte Steingärten, auf denen «rein gar nichts mehr wächst». Die Steingärten, die er heute macht, gleichen eher Alpwiesen und sind gut für kalkliebende Pflanzen. Auch bei den Fachleuten finde ein Umdenken statt, ist Schmutz überzeugt. Bei jüngeren Menschen ist das Interesse an Naturgärten grösser als früher. «Das hat vielleicht auch mit der Klimajugend zu tun.»

Das Erstellen von Trockenmauern wie auf dem Belpberg ist eine klassische Aufgabe für Schmutz und sein Team. Diese Mauern sind wichtige Lebensräume für zahlreiche Pflanzen und Tiere, etwa Eidechsen. Ein häufiger Auftrag ist auch das Sanieren von Rasen: «Aus einem engli-

schen Rasen machen wir eine Blumenwiese.» Seine grösste Baustelle war in Lausanne, wo seine Firma 6000 Quadratmeter Land renaturieren durfte. «Das war ein super Auftrag!» Schön ist es auch, wenn seine Arbeit «verhät». So etwa bei der Kundin, die nach zwei Wochen anrief um zu berichten, dass in der Igelbehauung, die Schmutz gebaut hatte, bereits ein Igel wohne.

**SIESTA.** Woher kommt seine Liebe zur Natur? Schmutz erklärt: «Ich bin auf dem Land aufgewachsen, in Böisingen im Kanton Freiburg, und war schon immer naturverbunden.» Die Freude am Beruf kam hingegen erst nach der Lehre. Jetzt mache er es aber sehr gerne und möchte weiterhin auf diesem Beruf arbeiten, «solange der Körper es zulässt». Die Bütz ist körperlich anstrengend: viel schaufeln und schwer tragen. «Früher mussten wir noch 50-Kilogramm-Zementsäcke tragen, aber das ist zum Glück vorbei.» Aber es brauche schon mehr Sensibilisierung für den Gesundheitsschutz in der Branche, findet Schmutz. Auch die Hitze sei immer mehr ein Thema. Schmutz ist überzeugt: «Wir werden uns anpassen müssen.» Im Geschäft werde diskutiert, für die Sommermonate wie in Spanien eine Siesta-Arbeitszeit einzuführen.

Denn die Hochsaison für die Landschaftsgärtner ist in den warmen Monaten, von April bis Oktober. In dieser Zeit würden sie bis zu 9 Stunden pro Tag arbeiten. Dafür habe er dann den ganzen Januar und den ganzen Februar frei.

Simon Schmutz ist Vorarbeiter, hat die Obergärtnerschule absolviert. Im August beginnt er den Naturlehrgang NGL an der ZHAW in Wädenswil ZH, die höchste Ausbildung im naturnahen Gartenbau. Er

betreut auch Lernende: «Bei uns sind sie sehr motiviert, wollen es wissen!»

**JAMES BOND.** Schmutz selbst ist engagierter Gewerkschafter, seit 6 Jahren Unia-Mitglied. Eine Kollegin hat ihn überzeugt mit dem Argument: «Es bringt nichts zu jammern, lieber machen wir was!» Und in Bern seien sie eine coole Unia-Gruppe. «Da sind echte Freundschaften entstanden.» Momentan trifft sich die Gruppe jede zweite Woche, sonst wöchentlich, «eine Zeitlang haben wir uns zum Dienstagsbier getroffen». Die Treffen finden trotz Corona physisch statt, natürlich unter Einhaltung der Vorschriften. «Mit Videokonferenzen können wir nicht so viel anfangen.» Schmutz sagt:

«Dank der Unia habe ich realisiert, dass es vorwärtsgeht, wenn man aktiv wird.» Beim allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag seien sie einen Schritt weiter, und auch beim Lohn gebe es Fortschritte.

Emotionale Gewerkschaftsmomente sind für Simon Schmutz jeweils die Aktionen an der Gartenmesse Giardina. Unvergesslich auch die Garetten-Demos oder das James-Bond-Double, das in Zürich mehr Lohn und mehr Ferien für die Gärtnerinnen und Gärtner forderte. Legendar ist für Schmutz auch das trojanische Pferd, das er und seine Kolleginnen und Kollegen durch die Stadt Bern zogen, für fünf Wochen Ferien, Frühpensionierung und gegen Dumpinglöhne.



## SIMON SCHMUTZ DRUMS 'N' ROSES

Simon Schmutz lebt in Bern. Während 10 Jahren hat er zuvor in Davos gewohnt. Im Sommer hat er dort als Landschaftsgärtner gearbeitet, im Winter in einer Bar, in einem Sportgeschäft oder im Coop – und stand so viel wie möglich auf dem Snowboard. Als er 10 Jahre alt war, begann er mit Trommeln. «Wie an der Basler Fasnacht», erklärt Schmutz. Später stieg er auf Schlagzeug um. Er hat auch schon in Bands gespielt, doch heute macht er seine Beats für sich allein in einem Übungsraum. Wenn's geht, ist Schmutz auch gerne auf Reisen. «Mindestens einen Monat möchte ich schon in einem Land verbringen.» 2013 war er gar für ein Jahr in Südamerika.

**FOTOS.** Vor drei Jahren hat er mit Fotografieren angefangen. Mit seiner Nikon macht er viele Tierbilder. Das grosse Ziel: Vögel in Aktion fotografieren. Das nötige Wissen hat er sich über Youtube-Videos selbst beigebracht. Aber zufrieden mit den Resultaten ist er noch nicht: «Insekten gehen gut, aber Vögel sind schwierig.» Simon Schmutz ist Unia-Mitglied und verdient 5600 Franken brutto.



**HANDWERK:** Mal fein, mal gröber, aber immer mit Gefühl. Die Arbeit als Landschaftsgärtner ist abwechslungsreich und anspruchsvoll.

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.**

**work abonnieren. Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft. **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejosee@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophie@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciad@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannesupe@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Grossebacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossebacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.